

Döhrn, Roland et al.

**Article**

## Die wirtschaftliche Entwicklung im Inland: Konjunktur bleibt aufwärts gerichtet

RWI Konjunkturberichte

**Provided in Cooperation with:**

RWI – Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung, Essen

*Suggested Citation:* Döhrn, Roland et al. (2015) : Die wirtschaftliche Entwicklung im Inland: Konjunktur bleibt aufwärts gerichtet, RWI Konjunkturberichte, ISSN 1861-6305, Rheinisch-Westfälisches Institut für Wirtschaftsforschung (RWI), Essen, Vol. 66, Iss. 3, pp. 39-98

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/145319>

**Standard-Nutzungsbedingungen:**

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

**Terms of use:**

*Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.*

*You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.*

*If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.*

Roland Döhrn, György Barabas, Angela Fuest, Heinz Gebhardt,  
Philipp an de Meulen, Martin Micheli, Svetlana Rujin und Lina Zwick

### Die wirtschaftliche Entwicklung im Inland: Konjunktur bleibt aufwärts gerichtet<sup>1</sup>

#### Kurzfassung

*Die deutsche Konjunktur blieb in der ersten Hälfte dieses Jahres aufwärts gerichtet. Die Zuwächse entsprachen in etwa der Ausweitung des Produktionspotenzials, womit sich die im Jahr 2014 leicht negative Produktionslücke nicht nennenswert geschlossen haben dürfte. Getragen wurde die Expansion weiterhin von den privaten Konsumausgaben, die allerdings im Zeitverlauf an Schubkraft verloren. Zuletzt trug der Außenbeitrag nach zwei negativen Quartalen wieder deutlich zur Expansion bei – wohl vor allem wegen der anziehenden Konjunktur im Euro-Raum und der Abwertung des Euro. Allerdings lassen die Auftragseingänge erwarten, dass sich die Ausfuhren in den kommenden Monaten wenig dynamisch entwickeln. Insbesondere die Bestellungen aus Ländern außerhalb des Euro-Raums sind zuletzt spürbar eingebrochen.*

*Gleichwohl dürfte die deutsche Konjunktur im Prognosezeitraum aufwärtsgerichtet bleiben. Die gute Lage am Arbeitsmarkt beschert den privaten Haushalten Einkommenszuwächse, die durch höhere staatliche Transfers verstärkt werden. Dadurch dürften die privaten Konsumausgaben und die Investitionen in Wohneigentum spürbar ausgeweitet werden. Dazu tragen auch die niedrigen Zinsen bei. Auch bei den Unternehmensinvestitionen sind kräftigere Zuwächse zu erwarten. Allerdings wird die Investitionsdynamik voraussichtlich deutlich hinter der in früheren Aufschwungphasen zurückbleiben. Der Export dürfte von gegenläufigen Tendenzen geprägt sein – der Konjunkturbelebung im Euro-Raum einerseits, der langsameren Expansion in den Schwellenländern andererseits. Alles in allem prognostizieren wir eine Zunahme des BIP in diesem Jahr um 1,8%. Für das kommende Jahr erwarten wir einen Zuwachs in gleicher Höhe. Das Expansions-tempo dürfte im Jahresverlauf etwas zurückgehen, weil die stimulierenden Wirkungen*

---

<sup>1</sup> Abgeschlossen am 10.9.2015. Wir danken Fabian Knapp für die Mitarbeit. Kritische Hinweise zu früheren Fassungen des Berichts gaben Katharina Fischer, Wim Kösters und Sabine Weiler. Für die technische Unterstützung danken wir Waltraud Lutze.

## Die wirtschaftliche Entwicklung im Inland

sinkender Rohölpreise auf die Kaufkraft auslaufen. Die Inflationsrate wird voraussichtlich 0,3% in diesem und 1,4% im kommenden Jahr betragen.

Die Lage am Arbeitsmarkt wird sich weiter verbessern, aber langsamer als in den vergangenen Jahren. Bremsend auf den Beschäftigungsaufbau wirkt allem Anschein nach die Einführung des gesetzlichen Mindestlohns. Sie ließ zum Jahresanfang 2015 die geringfügige Beschäftigung zurückgehen. Die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung hat demgegenüber deutlich zugenommen, was nahelegt, dass Minijobs zum Teil in sozialversicherungspflichtige Stellen umgewandelt wurden. Auf Dauer dürften aber die durch den Mindestlohn in einigen Segmenten des Arbeitsmarktes kräftig gestiegenen Arbeitskosten sich negativ auf die Beschäftigung auswirken. Auf die Arbeitslosigkeit schlägt der Beschäftigungsaufbau weiterhin nur unterproportional durch. Im kommenden Jahr wird der derzeit hohe Zustrom von Asylsuchenden und Flüchtlingen nach und nach am Arbeitsmarkt ankommen. Dies kann einerseits dazu beitragen, dass offene Stellen, deren Zahl bis zuletzt kräftig zunahm, rascher besetzt werden. Andererseits wird sich wohl die registrierte Arbeitslosigkeit erhöhen. Wir erwarten daher für dieses und für das kommende Jahr eine Arbeitslosenquote von 6,4%.

**Tabelle 1**  
**Eckwerte der Prognose**  
2014 bis 2016

	2014	2015 <sup>P</sup>	2016 <sup>P</sup>
Bruttoinlandsprodukt <sup>1</sup> , Veränderung in %	1,6	1,8	1,8
Erwerbstätige <sup>2</sup> , in 1000	42.703	42.910	43.105
Arbeitslose <sup>3</sup> , in 1000	2.898	2.790	2.790
Arbeitslosenquote <sup>3,4</sup> , in %	6,7	6,4	6,4
Verbraucherpreise, Veränderung in %	0,9	0,4	1,4
Lohnstückkosten <sup>5</sup> , Veränderung in %	1,9	1,5	1,1
Finanzierungssaldo des Staates <sup>6</sup>			
in Mrd. €	8,9	20	8
in % des nominalen BIP	0,3	0,6	0,3
1,4Leistungsbilanzsaldo <sup>7</sup>			
in Mrd. €	215,5	256	260
in % des nominalen BIP	7,4	8,5	8,3

Eigene Berechnungen nach Angaben des Statistischen Bundesamtes, der Deutschen Bundesbank und der Bundesagentur für Arbeit. - <sup>1</sup>Preisbereinigt. - <sup>2</sup>Im Inland. - <sup>3</sup>Nationale Abgrenzung. - <sup>4</sup>Bezogen auf alle zivilen Erwerbspersonen. - <sup>5</sup>Arbeitnehmerentgelte je Beschäftigten bezogen auf das reale BIP je Erwerbstätigen. - <sup>6</sup>In der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen. - <sup>7</sup>In der Abgrenzung der Leistungsbilanzstatistik. - <sup>P</sup>Eigene Prognose.

*Der Staat konnte 2014 einen Budgetüberschuss von 8,9 Mrd. € erzielen, was 0,3% in Relation zum Bruttoinlandsprodukt entspricht. In diesem Jahr dürfte aufgrund der guten Konjunktur und rückläufiger Zinsausgaben eine höhere Überschussquote von 0,6% erzielt werden. Für das kommende Jahr ist ein geringerer Überschuss von 0,3% in Relation zum Bruttoinlandsprodukt zu erwarten. Zum einen ist die Finanzpolitik expansiv ausgerichtet, zum anderen führt der derzeit hohe Zustrom an Asylsuchenden und Flüchtlingen zu Mehrausgaben des Staates.*

*Risiken drohen der deutschen Wirtschaft vor allem aus dem internationalen Umfeld. Die in den vergangenen Jahren schwächere Expansion des internationalen Warenaustauschs scheint kein konjunkturelles Phänomen zu sein, sondern lässt auf eine dauerhafte Veränderung der Relation von Welthandel zu Weltproduktion schließen. Für eine exportorientierte Wirtschaft wie die deutsche birgt dies die Gefahr, dass es zu strukturellen Anpassungsreaktionen kommt, die nicht ohne Reibungsverluste verlaufen dürften.*

### Summary

*The German economy grew steadily in the first half of this year. The growth rates corresponded approximately to the expansion of potential output. Thus, the negative output gap has likely not closed. Private consumption remained the main driver of the economic upturn, although it has lost momentum over time. Most recently, the external balance contributed to a great extent to the economic expansion, after being negative for two consecutive quarters, which is most likely due to the ongoing recovery of the Euro area and the depreciation of the Euro. However, incoming orders indicate that exports will not significantly expand during the next months. In particular orders from outside the Euro area have substantially declined lately.*

*Nevertheless the German economy is likely to keep expanding over the forecast horizon. The income of private households benefits from favourable conditions on the labour market and higher public transfer payments. Hence, private consumption and investments in residential property can be expected to increase considerably. Furthermore, corporate investments are likely to be enhanced more extensively, although not as strong as during past economic upturns. Exports are likely to be influenced by two opposed effects: on the one hand the Euro area economy is recovering, on the other hand emerging market economies are growing at lower rates. Altogether, we expect the German GDP to expand by 1.8 percent this year, and also next year. The rate of growth is likely to decrease during the course of the year as the positive stimulus of declining crude oil prices for the purchasing power subsides.*

*The favourable conditions on the labour market are likely to improve further, although at a slower rate than before. Apparently, the introduction of statutory minimum wages*

## Die wirtschaftliche Entwicklung im Inland

has slowed down employment growth. At the beginning of this year marginal employment has been substantially reduced, whereas employment subject to social insurance contributions has considerably increased, which suggests that employers have substituted these employment relationships to a certain extent. However, in the long run employment will likely be negatively affected considering the extensive increase in labour costs due to the minimum wage in certain sections of the labour market. Next year, current incoming asylum seekers and refugees will gradually be integrated in the labour market. While job vacancies could be filled more quickly, unemployment is likely to rise to a certain degree. Altogether, we expect an unemployment rate of 6.4 percent for this and for next year.

In 2014 the budgetary surplus of the state amounted to € 8.9 bn, which equals 0.3 percent of nominal GDP. This year this share is likely to be 0.7 percent. Next year it will be 0.3 percent. This is due to fiscal policy being more expansive and to the additional expenditures resulting from the current inflow of asylum seekers and refugees.

The main risks for the German economy arise from the international environment. The slow expansion of international trade appears to be a result of a permanent change in the relation between global trade and global production. Since the Germany economy is export-oriented, this structural change could lead to adjustments, which are not likely to take place without frictions

### Key Forecast Data

2014 to 2016

	2014	2015 <sup>f</sup>	2016 <sup>f</sup>
Gross Domestic Product <sup>1</sup> , change in %	1.6	1.8	1.8
Employed persons <sup>2</sup> , in 1000	42,703	42,910	43,105
Unemployed <sup>3</sup> , in 1000	2,898	2,790	2,790
Unemployment rate <sup>3,4</sup> , in %	6.7	6.4	6.4
Consumer prices, change in %	0.9	0.4	1.4
Labor unit costs <sup>5</sup> , change in %	1.9	1.5	1.1
Fiscal balance <sup>6</sup>			
in € bn	8.9	20	8
in % of nominal GDP	0.3	0.6	0.3
Current account balance <sup>7</sup>			
in € bn	215.5	256	260
in % of nominal GDP	7.4	8.5	8.3

RWI calculations based on data provided by the German Statistical Office, Deutsche Bundesbank, and the Federal Labor Office. – <sup>1</sup>In real terms. – <sup>2</sup>Domestic. – <sup>3</sup>National definition. – <sup>4</sup>In % of civilian labor force. – <sup>5</sup>Compensation per employee divided by real GDP per employed person. – <sup>6</sup>National Accounts definition. – <sup>7</sup>Balance of payments (BOP) definition. – <sup>f</sup>Forecast.

# 1. Überblick

## 1. Überblick

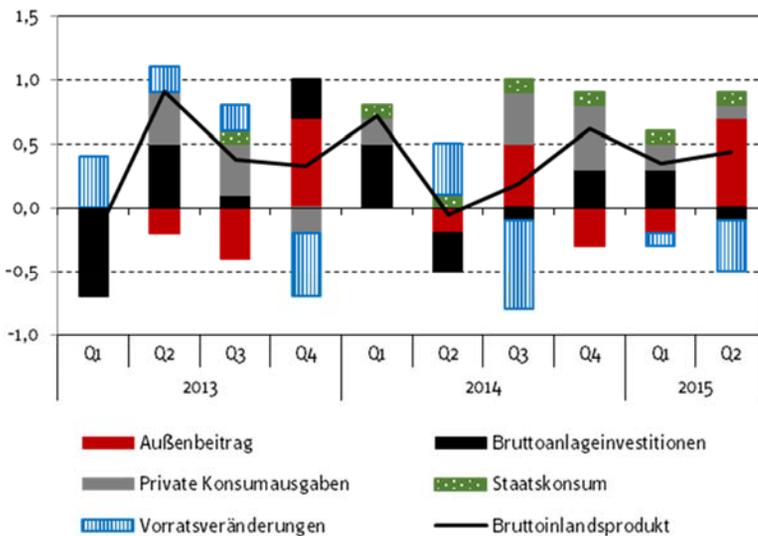
### 1.1 Produktion weiter aufwärts gerichtet

Die deutsche Konjunktur blieb in der ersten Hälfte dieses Jahres aufwärts gerichtet. Die Expansion des realen Bruttoinlandsprodukts (BIP) fiel zwar etwas schwächer aus als im Schlussquartal des Vorjahres. Die Zuwächse entsprachen aber in etwa der Ausweitung des Produktionspotenzials (Barabas et al. 2015). Die Ende 2014 noch leicht negative Produktionslücke dürfte sich damit jedoch nicht nennenswert geschlossen haben. Getragen wurde die Expansion weiterhin von den privaten Konsumausgaben, die allerdings im Zeitverlauf an Schubkraft verloren (Schaubild 1). Unverändert blieb der Wachstumsbeitrag des Staatskonsums. Der Aufschwung bei den Investitionen erhielt hingegen im zweiten Quartal einen Dämpfer. Geprägt wurde die Expansion im zweiten Quartal vom Außenbeitrag, der nach zwei negativen Quartalen deutlich zur Expansion beitrug. Insbesondere wurden die Exporte aufgrund der anziehenden Konjunktur im Euro-Raum und der Abwertung des Euro verstärkt ausgeweitet. Gebremst wurde die Expansion durch einen Abbau der Lagerbestände im ersten und noch stärker im zweiten Quartal.

Nachlassende  
Schubkraft der  
Konsumausgaben

#### Schaubild 1

Beiträge der Verwendungskomponenten zur Expansion des Bruttoinlandsprodukts<sup>1</sup> 2013 bis 2015; Wachstumsbeiträge in %-Punkten



Nach Angaben des Statistischen Bundesamtes. – Saison- und arbeitstäglich bereinigt.

## Die wirtschaftliche Entwicklung im Inland

Nur verhaltener  
Anstieg der  
Investitionen

Für das laufende Quartal deuten die Indikatoren auf eine Fortsetzung der gesamtwirtschaftlichen Expansion hin. Die Impulse dürften wieder verstärkt von den privaten Konsumausgaben ausgehen. Zum einen verbesserte sich die Lage am Arbeitsmarkt weiter, weshalb die Lohneinkommen wohl spürbar gestiegen sind. Zum anderen schwächte sich der ohnehin geringe Preisauftrieb zuletzt im Zuge wieder sinkender Rohölpreise erneut ab. Damit dürften die Realeinkommen merklich zugenommen haben. Dass dies die Kaufbereitschaft fördert, zeigt sich in den zuletzt deutlich gestiegenen Einzelhandelsumsätzen. Die Investitionstätigkeit dürfte zwar ausgeweitet worden sein, allerdings nur verhalten. Hierauf weisen die nur schwach zunehmenden Bestellungen von Investitionsgütern aus dem Inland und die geringe Zunahme der Bauproduktion hin (Schaubild 2). Dämpfend auf die Investitionen wirkt, dass die Verunsicherung der Investoren nach wie vor groß sein dürfte. Zwar hat die Verabschiedung des dritten Rettungspakets für Griechenland die Unsicherheiten über die Zukunft des Euro-Raums gemindert. Dafür mehren sich beunruhigende Nachrichten zur Konjunktur in China. Hinzu kommt, dass der Anstieg der Konsumnachfrage eher Dienstleistungsunternehmen begünstigt. Darauf deutet hin, dass im Dienstleistungssektor das Geschäftsklima deutlich positiver ist als in der Gewerblichen Wirtschaft. Dienstleister produzieren im Allgemeinen weniger kapitalintensiv.

Rückläufige  
Bestellungen aus  
Nicht-Euro-Ländern

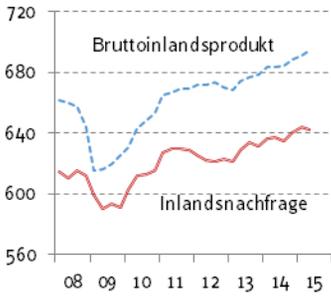
Für die kommenden Monate lassen die Auftragseingänge erwarten, dass die Konjunktur von der Inlandsnachfrage getragen werden wird. Die Ausfuhren dürften sich hingegen wenig dynamisch entwickeln. Bereits seit einigen Monaten sind die Auslandsaufträge in der Tendenz rückläufig; die saisonbereinigten Werte sind im Juli sogar deutlich gesunken. Dabei zeigen sich gegenläufige Entwicklungen innerhalb und außerhalb des Euro-Raums (Schaubild 3). Während die sich dort bessernde Konjunktur die Aufträge aus den europäischen Nachbarländern inzwischen kräftig steigen lässt, gehen die Order aus dem Nicht-Euro-Raum in der Tendenz zurück, im Juli sogar sehr kräftig. Die Analyse im internationalen Teil dieses Berichts lässt vermuten, dass geringere Bestellungen aus China und anderen Schwellenländern hierfür verantwortlich waren. Zwar darf man Ausschläge während der Sommermonate, in denen die Daten oft durch die Lage der Ferientermine beeinflusst sind, nicht überinterpretieren. Allerdings häufen sich solche Rückschläge seit etwa zwei Jahren, was zum einen die Vorsicht der Unternehmen bei Investitionsentscheidungen begründen mag, zum anderen auf wenig rosige Aussichten für den deutschen Export hinweist.

Zur Ableitung der Expansion des BIP am aktuellen Rand verwendet das RWI ein Kurzfristmodell, in das ein großer Satz von Konjunkturindikatoren eingeht (an de Meulen 2015). Dieses prognostiziert für das dritte Quartal einen Zuwachs der gesamtwirtschaftlichen Produktion um etwa 0,3% (Schaubild 4). Dabei ist die Spannweite innerhalb derer sich die Schätzungen der einzelnen Modelle bewegen ungewöhnlich

# 1. Überblick

**Schaubild 2**  
**Indikatoren der Konjunktur**  
 2008 bis 2015

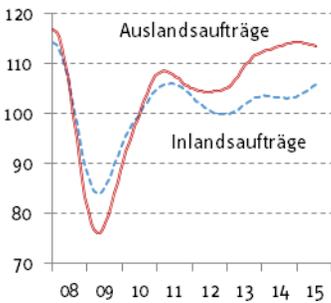
**Gesamtwirtschaftliche Entwicklung**  
 In Mrd. €, verkettete Volumenangaben



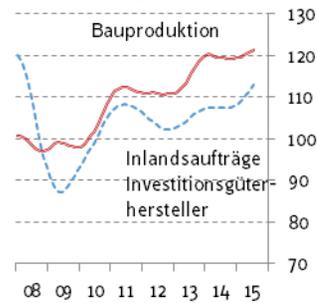
**Arbeitsmarkt**  
 In Mill. Personen



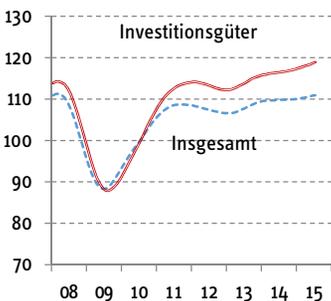
**Auftragseingänge<sup>1</sup>**  
 2005=100



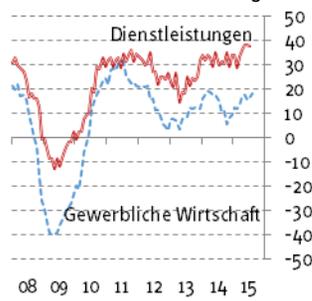
**Investitionstätigkeit<sup>1</sup>**  
 2005=100



**Industrieproduktion<sup>1</sup>**  
 2010=100



**Geschäftsklima**  
 Saldenindex, saisonbereinigt



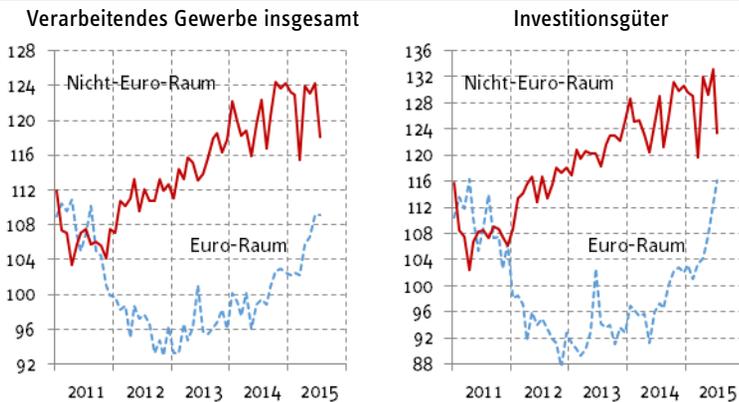
Eigene Berechnungen nach Angaben des Statistischen Bundesamtes, der Bundesagentur für Arbeit und des ifo Instituts. - <sup>1</sup>Trend-Zyklus-Komponente nach BV 4.1.

# Die wirtschaftliche Entwicklung im Inland

**Schaubild 3**

## Auftragseingänge aus dem Ausland nach Regionen<sup>1</sup>

2011 bis 2015; 2010=100 saison- und arbeitstäglich bereinigt



*Nach Angaben des Statistischen Bundesamtes – <sup>1</sup>Aufträge ohne Großaufträge.*

groß. Für das vierte Quartal liefert das Modell eine BIP-Rate von 0,3%. Da allerdings der jüngste Rückgang des Rohölpreises und die dadurch induzierten Realeinkommenseffekte in den Indikatoren noch nicht vollständig abgebildet sein dürften, sehen wir die Entwicklung eher am oberen Rand der Bandbreite der Modellschätzungen. Wir gehen in dieser Prognose von einer Zunahme um 0,5% im dritten und 0,45% im vierten Quartal aus.

## 1.2 Annahmen der Prognose

Über diese Kurzfristschätzung hinaus liegen unserer Prognose folgende Annahmen zugrunde:

- i** Der Welthandel mit Waren wird 2015 um 3,0% und 2016 um 4,6% zunehmen.
- i** Rohöl wird sich im Prognosezeitraum mit einer Jahresrate von 2% verteuern, womit der Preis real auf dem zuletzt erreichten Niveau bleibt. Im Jahresdurchschnitt bedeutet dies für die Sorte Brent einen Preis von 53,9 \$/b in diesem und von 49,3 \$/b im kommenden Jahr.
- i** Der Wechselkurs des Euro gegenüber dem Dollar liegt im Prognosezeitraum unverändert bei 1,12 \$/€.

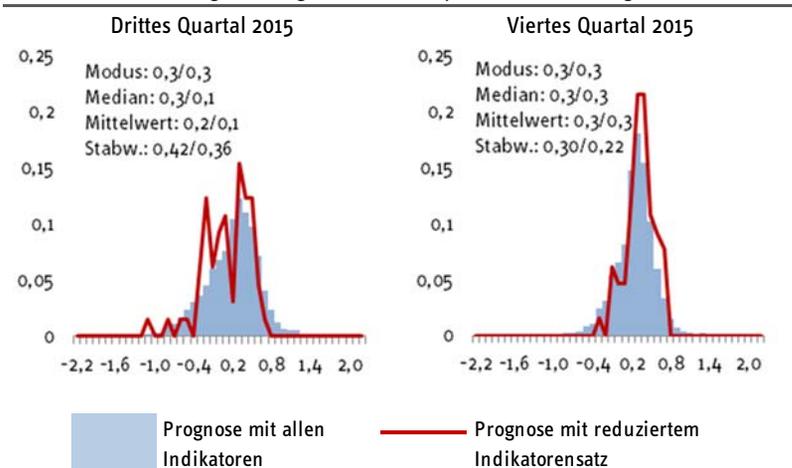
Bezüglich der Wirtschaftspolitik nehmen wir Folgendes an:

### 3. Produktion und Arbeitsmarkt

Schaubild 4

#### Kurzfristschätzung der Zuwachsrates des BIP

Prozentuale Verteilung der Prognosen der Vorquartalsveränderung



Eigene Berechnungen. Zur Methode vgl. an de Meulen (2015). Der erste Wert der statistischen Kennziffern bezieht sich auf ein Modell mit allen Indikatoren, der zweite Wert auf das Modell auf den nach dem bei an de Meulen (2015) beschriebenen Verfahren reduzierten Indikatorensatz.

- 1 Die Geldpolitik der EZB wird im Prognosezeitraum expansiv ausgerichtet bleiben. Der Zinssatz für Hauptrefinanzierungsgeschäfte wird über den gesamten Prognosezeitraum 0,05% betragen. Die Ankäufe von Wertpapieren durch das Eurosystem werden im Rahmen des Programms zum Ankauf von Vermögenswerten (Extended Asset Purchase Programme, EAPP) bis mindestens September 2016 fortgeführt.
- 2 Die Finanzpolitik ist in diesem Jahr expansiv ausgerichtet; insgesamt belaufen sich die Impulse in Relation zum nominalen BIP auf 0,4% (Tabelle 12). Zu Buche schlägt insbesondere, dass die im vergangenen Jahr kräftig aufgestockten Leistungen der gesetzlichen Rentenversicherung erstmals ihre volle Budgetwirkung entfalten. Zudem werden die öffentlichen Investitionen ausgeweitet. Impulse gehen zudem von Entlastungen bei der Einkommensteuer aus (Erhöhung des Grund- und des Kinderfreibetrags sowie zunehmende steuerliche Freistellung von Altersvorsorgeaufwendungen). Außerdem wurde das Kindergeld angehoben.<sup>2</sup> Für das kommende Jahr wird mit zusätzlichen finanzpolitischen Impulsen

<sup>2</sup> Das höhere Kindergeld gilt ab Jahresbeginn, wird aber erstmals im September 2015 ausgezahlt. Für die Monate Januar bis August erfolgt eine Nachzahlung spätestens im Oktober.

# Die wirtschaftliche Entwicklung im Inland

von 0,3% in Relation zum BIP gerechnet. Neben einer weiteren Anhebung des Grund- und des Kinderfreibetrags werden die übrigen Eckwerte des Einkommensteuertarifs zu Beginn des Jahres 2016 nach rechts verschoben, um die kalte Progression zu verringern. Zudem schlagen sich die erhöhten Mittel, die für Investitionen bereitgestellt wurden, nach und nach auf Investitionstätigkeit des Staates durch.

- fi Die Tarifföhne je Stunde (in der Abgrenzung der Deutschen Bundesbank) dürften in diesem Jahr um 2,4% und im kommenden um 2,6% steigen. Die Einführung des allgemeinen Mindestlohns schlägt sich in einer positiven Lohndrift nieder.

## 1.3 Aufschwung setzt sich fort

Unter diesen Voraussetzungen dürfte die deutsche Konjunktur im Prognosezeitraum aufwärts gerichtet bleiben. Die weiterhin gute Lage am Arbeitsmarkt beschert den privaten Haushalten Einkommenszuwächse, die durch höhere staatliche Transfers verstärkt werden. Sie tragen dazu bei, dass die privaten Konsumausgaben spürbar ausgeweitet werden und die privaten Haushalte ihre Investitionen in Wohneigentum steigern, zumal bei unverändert expansiver Geldpolitik der EZB die Hypothekenzinsen niedrig und alternative Geldanlagen wenig attraktiv bleiben dürften. In dem Maße aber, wie die Kaufkraftgewinne aufgrund der gesunkenen Rohstoffpreise abnehmen, dürfte die Inlandsnachfrage an Schwung verlieren. Bei anziehender Inflation, wir prognostizieren eine Teuerungsrate von 1,4% nach 0,4% in diesem Jahr, sind für 2016 geringere Realeinkommens- und mithin auch Konsumzuwächse zu erwarten.

Der Staatsverbrauch dürfte nicht zuletzt aufgrund der im Zusammenhang mit dem Zustrom an Asylsuchenden und Flüchtlingen steigenden Aufwendungen für deren Unterbringung und Integration etwas rascher zunehmen als bisher. Auch bei den Unternehmensinvestitionen sind kräftigere Zuwächse zu erwarten, da die Kapazitätsauslastung zunimmt, zumal die Finanzierungskosten niedrig bleiben. Allerdings wird die Investitionsdynamik voraussichtlich deutlich hinter der in früheren Aufschwungphasen zurückbleiben.

Der Export dürfte wie bereits angesprochen von gegenläufigen Tendenzen geprägt sein. Einerseits wirkt die Konjunkturbelebung im Euro-Raum stimulierend, andererseits gehen von der langsameren Expansion in den Schwellenländern, die in den vergangenen Jahren als Absatzmarkt an Bedeutung gewonnen hatten, dämpfende Wirkungen aus. Stimulierend wirkt vorerst auch die Abwertung des Euro während der vergangenen Monate. Per saldo sind bei den Ausfuhren eher mäßige Zuwächse zu erwarten. Zugleich dürften die Einfuhren von der anziehenden Investitionsdynamik, in geringerem Maße auch vom steigenden Konsum profitieren.

Beschleunigte  
Ausweitung  
des Konsums ...

... bei wenig  
Schub vom  
Export

# 1. Überblick

## Kasten 1

### Zur Änderung unserer Prognose gegenüber der Prognose vom Juni 2015

Das RWI publiziert vier Konjunkturprognosen pro Jahr, die zeitlich an die Veröffentlichungstermine der vierteljährlichen Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (VGR) gekoppelt sind. Jede Prognose unterscheidet sich von der zuvor veröffentlichten aus zwei Gründen. Erstens können neue Entwicklungen z.B. bei den Rohstoffpreisen oder in der Wirtschaftspolitik eingetreten sein, die die Konjunktur beeinflussen. Zweitens können Revisionen der VGR die Daten verändern, auf denen die Prognose aufbaut. Zu solchen Revisionen kommt es regelmäßig, weil dem Statistischen Bundesamt manche Statistiken, auf denen seine VGR aufbauen, erst mit Verzögerung zur Verfügung stehen.

Um die Transparenz hinsichtlich der Veränderung der Prognosen zu erhöhen, veröffentlicht das RWI hier erstmals eine Komponentenerlegung der Veränderung der aktuellen Prognose für 2015 gegenüber der im Juni veröffentlichten. Diese Zerlegung basiert auf einer Näherungsformel, nach der sich die jahresdurchschnittliche Veränderungsrate einer Zeitreihe als gewogener Mittelwert der Quartalsveränderungen darstellen lässt (Döhrn 2014: 45). Unterschieden werden hier vier Komponenten der Prognoseänderung. Die beiden ersten verdeutlichen den Einfluss von Revisionen der amtlichen Statistik. Soweit sie das Jahr 2014 betreffen, schlagen sie sich in Änderungen des statistischen Überhangs nieder. Revisionen von Angaben für das erste Quartal 2015 haben einen großen Einfluss auf das Jahresergebnis, weil sie den Ausgangspunkt jeder Prognose bilden. Die dritte Komponente zeigt den Einfluss unseres Prognosefehlers für das zweite Quartal, das in der Juni-Prognose noch auf Basis von Indikatoren geschätzt

### Komponenten der Veränderung der vorliegenden Prognose gegenüber der vom Juni 2015

Veränderungen in % bzw. %-Punkten

	Prognose		Veränderung und Beitrag der Komponenten				
	Juni	Sep- tember	Insge- samt	Über- hang 2014	Erstes Quartal 2015	Zweites Quartal 2015	3. und 4. Quar. 2015
Bruttoinlandsprodukt	1,8	1,8	0,0	0,0	0,1	0,0	-0,1
Privater Konsum	2,2	2,1	-0,2	0,2	-0,3	-0,2	0,1
Staatskonsum	1,8	2,0	0,2	0,1	-0,1	0,0	0,2
Ausrüstungsinvestitionen	3,7	4,7	1,0	1,4	0,4	-0,6	-0,3
Bauinvestitionen	2,0	1,1	-0,6	0,0	0,1	-0,7	0,1
Ausfuhren <sup>1</sup>	4,8	6,5	1,7	0,1	0,4	1,0	0,1
Einfuhren <sup>1</sup>	5,5	6,6	1,0	0,1	0,4	-0,1	0,4

Eigene Berechnungen. Differenzen durch Rundungen. - <sup>1</sup>Von Waren und Dienstleistungen.

## Die wirtschaftliche Entwicklung im Inland

wurde, für das nun aber amtliche Angaben vorliegen. Die vierte Komponente gibt an, wie sich unsere Einschätzung des dritten und vierten Quartals 2015 geändert hat.<sup>3</sup>

Die Tabelle zeigt, dass die Prognose des BIP kaum verändert wurde. Dahinter stehen aber große Verschiebungen bei Verwendungskomponenten. Ein beträchtlich höherer statistischer Überhang zusammen mit einer Aufwärtsrevisionen des ersten Quartals 2015 zieht die Prognose der Ausrüstungsinvestitionen nach oben. Hohe Aufwärtsrevisionen des ersten Quartals gab es auch bei den Aus- und den Einfuhren. Für sich genommen um einen viertel Prozentpunkt gesenkt wurde die Prognose der privaten Konsumausgaben durch die Abwärtsrevision im ersten Quartal.

Die Zunahme der meisten Verwendungskomponenten im zweiten Quartal wurde von uns überschätzt. Unterschätzt wurden lediglich die Exporte, dies aber deutlich. Per saldo wurde die Veränderung des BIP so gut getroffen. Mit einer Ursachenanalyse wird man warten müssen, da auch dieses Mal die amtlichen Angaben noch revidiert werden dürften. Bei den Ausrüstungen dürfte die Überschätzung des zweiten Quartals auch Folge der aus heutiger Sicht zu geringen Veränderungsdaten im Jahr 2014 und im ersten Quartal sein, die nahelegten, dass vorhandene Aufträge eher im zweiten Quartal ausgeführt werden. Unsere Einschätzung der restlichen Quartale dieses Jahres haben wir nur wenig geändert. Etwas schwächer gesehen werden die Ausrüstungsinvestitionen, etwas stärker die Einfuhren und der Staatskonsum.

Alles in allem prognostizieren wir eine Zunahme des BIP in diesem Jahr um 1,8%. Davon gehen allein gut 0,2%-Punkte darauf zurück, dass in diesem Jahr mehr Arbeitstage zur Verfügung stehen als im Vorjahr (Tabelle 2). Damit erwarten wir die gleiche Expansionsrate wie in unserer Prognose vom Juni, allerdings bei deutlichen Veränderungen bei den Verwendungsaggregaten (Kasten 1). Im Verlauf des kommenden Jahres dürfte die Expansion etwas an Tempo verlieren. Die Jahresverlaufsrate wird 1,6 betragen. Aufgrund des beträchtlichen statistischen Überhangs ergibt sich aber die gleiche jahresdurchschnittliche Veränderungsrate wie in diesem Jahr.

Die Lage am Arbeitsmarkt wird sich angesichts dieser Produktionsentwicklung voraussichtlich weiter verbessern, aber langsamer als in den vergangenen Jahren. Bremsend auf die Zahl der Erwerbstätigen wirkt dabei allem Anschein nach die Einführung des gesetzlichen Mindestlohns, der insbesondere zum Jahresanfang 2015 die geringfügige Beschäftigung hat zurückgehen lassen. Da im gleichen Zeitraum die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung deutlich zugenommen hat, ist allerdings anzunehmen, dass zumindest ein Teil der wegfallenden Minijobs in sozialversiche-

Mindestlohn  
zeigt Spuren  
am Arbeitsmarkt

<sup>3</sup> Da Änderungen in den einzelnen Quartalen sich gegenseitig verstärken können, bleibt ein hier nicht ausgewiesener unerklärter Rest, der umso höher ist, je größer die (absoluten) Änderungen in den einzelnen Quartalen sind.

# 1. Überblick

**Tabelle 2**

**Statistische Komponenten der Veränderungsrate des realen Bruttoinlandsprodukts 2013 bis 2016; in %**

	2013	2014	2015 <sup>P</sup>	2016 <sup>P</sup>
Statistischer Überhang <sup>1</sup>	-0,3	0,7	0,5	0,7
Jahresverlaufsrate <sup>2</sup>	1,3	1,5	1,7	1,6
Durchschnittliche Veränderung, kalenderbereinigt	0,4	1,6	1,6	1,7
Kalendereffekt <sup>3</sup>	-0,1	0,0	0,2	0,1
<b>Durchschnittliche Veränderung</b>	<b>0,3</b>	<b>1,6</b>	<b>1,8</b>	<b>1,8</b>

*Eigene Berechnungen nach Angaben des Statistischen Bundesamtes. - <sup>1</sup>Saison- und kalenderbereinigtes BIP im vierten Quartal des Vorjahres in % des Quartalsdurchschnitts des Vorjahres. - <sup>2</sup>Veränderung des saison- und kalenderbereinigten BIP im vierten Quartal gegenüber dem vierten Quartal des Vorjahres - <sup>3</sup>In % des realen BIP. - <sup>P</sup>Eigene Prognose.*

zungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse umgewandelt worden ist. Dies mag von der Bundesregierung durchaus intendiert gewesen sein. Überwiegen werden auf Dauer aber wohl die negativen Beschäftigungswirkungen gestiegener Arbeitskosten. So sind in Ostdeutschland die Stundenverdienste in manchen Dienstleistungsbranchen zu Jahresbeginn mit zweistelligen Raten gestiegen.

Für den Jahresdurchschnitt 2015 und 2016 erwarten wir eine Zunahme der Erwerbstätigkeit um jeweils 0,5%. Auf die Arbeitslosigkeit schlägt dies, wie in den vergangenen Jahren, nur unterproportional durch, da viele Arbeitskräfte aus der Stillen Reserve und der in den vergangenen Jahren zunehmenden Zahl von Zuwanderern rekrutiert werden. In diesem Jahr dürfte die Arbeitslosenquote auf 6,4% sinken. Im kommenden Jahr wird der hohe Zustrom von Asylsuchenden und Flüchtlingen voraussichtlich nach und nach am Arbeitsmarkt ankommen. Dies kann einerseits dazu beitragen, dass offene Stellen rascher besetzt werden, wird aber andererseits wohl die registrierte Arbeitslosigkeit erhöhen. Die Arbeitslosenquote dürfte daher gegen Jahresende anziehen; im Jahresdurchschnitt wird sie unverändert 6,4% betragen.

Der Haushalt des Staates wies 2014 einen Überschuss von 8,9 Mrd. € auf (0,3% in Relation zum BIP). In diesem Jahr dürfte aufgrund der guten Konjunktur und rückläufiger Zinsausgaben eine höhere Überschussquote von 0,6% erzielt werden. Für das kommende Jahr ist allerdings ein geringerer Überschuss zu erwarten. Zum einen ist die Finanzpolitik etwas expansiver ausgerichtet, zum anderen führt der derzeit hohe Zustrom an Asylsuchenden und Flüchtlingen zu Mehrausgaben des Staates. Der Budgetsaldo dürfte vor diesem Hintergrund im kommenden Jahr auf 0,3% in Relation zum BIP sinken.

Weiter  
zunehmende  
Beschäftigung ...

... mit nur  
geringem Einfluss  
auf Arbeitslosigkeit

# Die wirtschaftliche Entwicklung im Inland

**Tabelle 3**

## Gesamtwirtschaftliche Entwicklung in Deutschland

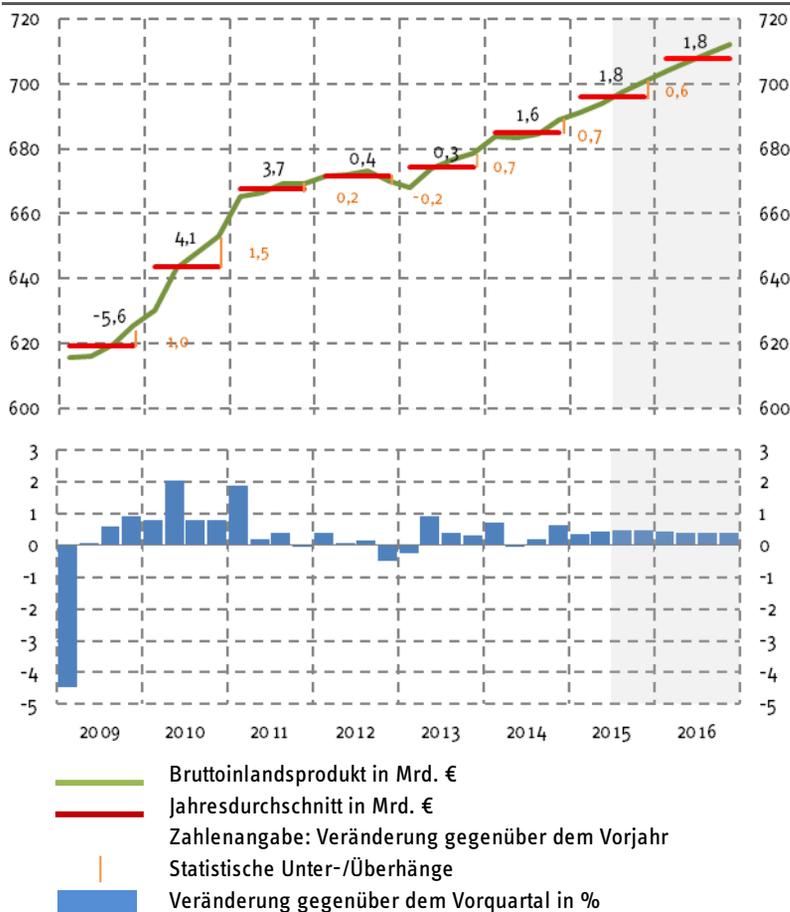
2014 bis 2016; Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %

	2014	2015 <sup>p</sup>	2016 <sup>p</sup>	2015 <sup>p</sup>		2016 <sup>p</sup>	
				1.Hj.	2.Hj.	1.Hj.	2.Hj.
<b>Verwendung<sup>1</sup></b>							
Konsumausgaben	1,1	2,0	1,9	2,1	2,0	2,3	1,5
Private Haushalte <sup>2</sup>	0,9	2,1	1,9	2,0	2,1	2,5	1,4
Staat	1,7	2,1	1,9	2,1	2,0	2,0	1,9
Anlageinvestitionen	3,5	2,5	2,6	1,4	3,6	3,2	2,0
Vorratsveränderung <sup>3</sup>	-0,3	-0,6	-0,2	-0,7	-0,5	-0,3	-0,1
Inlandsnachfrage	1,3	1,5	1,9	1,1	1,9	2,2	1,6
Außenbeitrag <sup>3</sup>	0,4	0,4	0,1	0,4	0,4	0,3	-0,2
Exporte	4,0	6,5	5,3	5,5	7,4	6,4	4,2
Importe	3,7	6,6	6,1	5,6	7,6	6,9	5,4
Bruttoinlandsprodukt	1,6	1,8	1,8	1,4	2,2	2,3	1,3
<b>Preise</b>							
Bruttoinlandsprodukt	1,7	1,8	1,5	2,0	1,5	1,3	1,6
Konsumausgaben <sup>2</sup>	1,0	0,6	1,1	0,6	0,6	1,1	1,1
Einfuhr	-1,6	-1,0	0,2	-1,3	-0,8	-0,1	0,5
<b>Einkommensverteilung</b>							
Arbeitnehmerentgelt	3,8	3,7	3,2	3,6	3,7	3,3	3,1
Gewinne <sup>4</sup>	3,8	4,4	4,5	3,7	5,2	5,8	3,2
Volkseinkommen	3,8	3,9	3,6	3,6	4,2	4,1	3,1
Abgaben <sup>5</sup> /.Subventionen	2,9	2,5	2,4	2,3	2,6	2,1	2,7
Nettonationaleinkommen	3,7	3,8	3,4	3,5	4,0	3,8	3,1
Abschreibungen	2,5	2,6	2,5	2,6	2,6	2,6	2,3
Bruttonationaleinkommen	3,5	3,6	3,3	3,3	3,8	3,6	2,9
<b>Entstehung</b>							
Erwerbstätige	0,9	0,5	0,5	0,5	0,5	0,5	0,4
Arbeitszeit	0,3	0,2	0,1	0,1	0,4	0,3	0,0
Arbeitsvolumen	1,2	0,7	0,6	0,6	0,8	0,8	0,4
Produktivität	0,4	1,1	1,2	0,8	1,4	1,5	0,9
Bruttoinlandsprodukt <sup>1</sup>	1,6	1,8	1,8	1,4	2,2	2,3	1,3
<b>Output-Lücke<sup>6</sup></b>	<b>-0,5</b>	<b>-0,2</b>	<b>0,0</b>				

Eigene Berechnungen nach Angaben des Statistischen Bundesamtes. - <sup>1</sup>Preisbereinigt. - <sup>2</sup>Private Haushalte einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck. - <sup>3</sup>Wachstumsbeitrag in Prozentpunkten. - <sup>4</sup>Unternehmens- und Vermögenseinkommen. - <sup>5</sup>Produktions- und Importabgaben. - <sup>6</sup>Abweichung des BIP vom potenziellen BIP in % des potenziellen BIP. - <sup>p</sup>Eigene Prognose.

# 1. Überblick

**Schaubild 5**  
**Bruttoinlandsprodukt in Deutschland**  
 2009 bis 2016; real, saison- und arbeitstäglich bereinigter Verlauf



Eigene Berechnungen nach Angaben des Statistischen Bundesamtes.

## 1.4 Unsicherheiten und Risiken

Die deutsche Konjunktur dürfte bis Ende kommenden Jahres aufwärts gerichtet bleiben. Allerdings sind Prognosen mit Unsicherheiten behaftet, die wir in Form von Prognoseintervallen ausdrücken. Für das laufende Jahr ist das Intervall zum gegenwärtigen Zeitpunkt bereits relativ schmal, da die Volkswirtschaftlichen Gesamtrech-

# Die wirtschaftliche Entwicklung im Inland

**Schaubild 6**

**Prognose- und Revisionsintervalle für das BIP**

2012 bis 2016; Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



Eigene Berechnungen. Bis 2014: Revisionsintervall. Zur Methodik vgl. Döhrn et al. (2007): 44-45; (2010): 60-61 und Fußnote 10; Döhrn et al. (2011): 65.

nungen für das erste Halbjahr vorliegen und Indikatoren einen guten Eindruck der gesamtwirtschaftlichen Expansion im dritten Quartal vermitteln. Daher ist das 80%-Intervall für die BIP-Rate, das von 1,3 bis 2,3 reicht, auch nur wenig größer als die Unschärfe in den veröffentlichten Daten für das vergangene Jahr, die man an dem Revisionsintervall für 2014 ablesen kann (Schaubild 6). Für 2016 ist das 80%-Prognoseintervall hingegen deutlich größer, es reicht von -0,2 bis 3,8%.

Prognoseintervalle drücken allerdings nur die Unschärfe aus, mit denen Prognosen im Allgemeinen behaftet sind. Darüber hinaus bestehen spezifische Risiken und Chancen. Ein Risiko resultiert aus dem bereits seit einiger Zeit ausgesprochen geringen Wachstum des Welthandels, das sich nicht allein durch eine schwächere weltwirtschaftliche Expansion erklären lässt, sondern wohl auch durch strukturelle Ursachen (Döhrn et al. 2015: 15-16, Zwick 2013). Für eine exportorientierte Wirtschaft wie Deutschland dürften strukturelle Veränderungen der globalen Nachfrage über kurz oder lang auch strukturelle Anpassungen in der Produktion nach sich ziehen. Das Risiko ist, dass solche Anpassungen – etwa zu Lasten exportorientierter und zu Gunsten binnenwirtschaftlich ausgerichteter Branchen – nicht ohne Anpassungsprobleme verlaufen dürften.

Prognoserisiken  
aufgrund  
schwacher  
Weltkonjunktur ...

# 1. Überblick

Ein Ereignis, dessen volle Tragweite sich gegenwärtig nur schwer abschätzen lässt, ist der starke Zustrom von Asylsuchenden und Flüchtlingen in die EU und hier insbesondere nach Deutschland. Es ist unklar, wie hoch dieser Zustrom sein wird und ob es sich um ein vorübergehendes Phänomen handelt, oder ob es über längere Zeit zu einer erhöhten Zuwanderung kommt. Unsicher sind aber auch die ökonomischen Auswirkungen. Über die kurzfristig anfallenden Kosten für Versorgung und Unterbringung der Flüchtlinge hinaus ist eine beträchtliche Integrationsleistung zu erbringen, die einerseits nicht reibungslos funktionieren dürfte, andererseits aber auch Chancen eröffnet. Kurzfristig könnten z.B. zusätzliche Belastungen auf die Sozialsysteme zukommen. Mittel- bis langfristig könnten die Zuwanderer indes, insbesondere aufgrund ihres geringen Durchschnittsalters, die Sozialsysteme in dem Maße entlasten, wie es gelingt, sie in den Arbeitsmarkt zu integrieren. Die Chancen hierfür stehen insofern nicht schlecht, als das heimische Erwerbspersonenpotenzial aufgrund des demografischen Wandels sinken wird, und – wie der Anstieg der Offenen Stellen zeigt – es bereits jetzt für Unternehmen schwierig ist, geeignete Arbeitskräfte zu finden. Migranten könnten mithin dazu beitragen, dass sich die Wachstumsperspektiven Deutschlands verbessern.

... und Unsicherheit  
über Ausmaß  
der Flüchtlings-  
migration

## 2. Die Verwendungskomponenten

### 2.1 Gegenwind aus China für die Exporte

In der ersten Jahreshälfte 2015 wiesen die Ein- und Ausfuhren eine gegensätzliche Dynamik auf: während letztere im Verlauf deutlich an Fahrt gewannen, verlangsamte sich die Expansion der Importe. Dementsprechend dämpfte der Außenhandel per saldo die gesamtwirtschaftliche Expansion im ersten Quartal, während er im zweiten Quartal ihr wichtigster Treiber war.

Die Beschleunigung bei den Exporten dürfte auf mehrere Faktoren zurückzuführen sein. Die Erholung im Euro-Raum hat sich gefestigt, was sich in höheren Lieferungen in die Region widerspiegelt. Zudem wirkte die anziehende Konjunktur in den USA stimulierend, zumal die Abwertung des Euro zu einer Verbesserung der preislichen Wettbewerbsfähigkeit dort führte. Auch die Lieferungen in einige asiatische Länder profitierten von der Euro-Abwertung. Die Verringerung der Importdynamik dürfte zum einen daran liegen, dass die Ausrüstungsinvestitionen, von denen ein wesentlicher Teil importiert wird, schwach waren, was sich vor allem in den Einfuhren von Maschinen zeigt. Zum anderen sind die Importpreise nicht zuletzt aufgrund der

US-Konjunktur  
und Euro-Abwer-  
tung stimulieren  
Exporte ...

## Die wirtschaftliche Entwicklung im Inland

**Tabelle 4**  
**Bedeutung Chinas für den Export ausgewählter Warengruppen**

2014, in %

	Anteile Chinas am Export der Warengruppe		Nachrichtlich:	
	2010	2014	Anteil an den Exporten nach China	Anteil am deutschen Exporten insgesamt
			2014	2014
Kraftwagen und Kraftwagenteile	8,6	10,7	29,1	17,9
Maschinen	10,7	10,3	22,9	14,7
Elektrische Ausrüstungen	9,0	10,7	9,9	6,1
DV, elektr. u. optische Erzeugnisse	5,1	8,0	9,6	7,9
Chemische Erzeugnisse	3,8	4,1	5,9	9,5
Insgesamt	5,7	6,6	100,0	100,0

Abwertung des Euro zum ersten Mal seit Anfang 2013 wieder kräftig gestiegen, wodurch Güter aus dem Ausland preislich weniger attraktiv wurden. Die gute Konsumkonjunktur führte hingegen dazu, dass der Import von Kraftfahrzeugen drei Quartale in Folge deutlich zulegte.

Im Verlauf der zweiten Jahreshälfte dürfte sich die Exportdynamik wieder abschwächen. Zwar werden die Ausfuhren wohl weiter von der Erholung im Euro-Raum sowie von den USA gestützt, allerdings dürfte sich die Verlangsamung der gesamtwirtschaftlichen Expansion in China mehr und mehr niederschlagen. Betroffen dürften davon vor allem die für die deutsche Wirtschaft bedeutsamen Branchen Maschinenbau, Kraftwagenbau und die Elektrotechnische Industrie sein. In diesen drei Branchen nimmt China jeweils mehr als 10% der Exporte auf (Tabelle 4). Verstärkt werden dürfte der dämpfende Effekt einer schwächeren Expansion in China dadurch, dass andere für deutsche Exporteure wichtige Schwellenländer, wie Brasilien oder Südkorea, mittlerweile von dieser in Mitleidenschaft gezogen werden.

Dies spiegelt sich auch in den Indikatoren am aktuellen Rand wider. So deutet der Juli-Wert des Spezialhandels darauf hin, dass die Ausfuhren im dritten Quartal schwächer ausgeweitet werden als noch im Vorquartal, wenngleich die Rate noch recht kräftig ausfällt. Gleichzeitig sind die Auftragseingänge aus dem Nicht-Euro-Raum im Juli geradezu eingebrochen, nachdem sie schon im zweiten Quartal nur mäßig ausgeweitet worden waren. Zudem weisen die Exporterwartungen der Unternehmen bereits seit März laut ifo Konjunkturtest nach unten, wenn diese sich auch immer noch auf einem recht hohen Niveau befinden. Dies deutet darauf hin, dass sich die Abschwächung im Verlauf des zweiten Halbjahres verstärken dürfte. Für den

... aber zunehmende Dämpfung aus den Schwellenländern

## 2. Die Verwendungskomponenten

**Tabelle 5**

### Beitrag der Verwendungskomponenten<sup>1</sup> zum Wachstum des BIP

2010 bis 2016; in %-Punkten

	2010	2011	2012	2013	2014	2015 <sup>P</sup>	2016 <sup>P</sup>
<b>Inlandsnachfrage</b>	<b>2,8</b>	<b>2,8</b>	<b>-1,0</b>	<b>0,8</b>	<b>1,2</b>	<b>1,4</b>	<b>1,7</b>
Konsumausgaben	0,5	0,9	0,8	0,5	0,9	1,5	1,4
Private Haushalte	0,2	0,8	0,5	0,4	0,5	1,1	1,0
Staat	0,3	0,2	0,2	0,2	0,3	0,4	0,4
Anlageinvestitionen	1,0	1,4	-0,1	-0,3	0,7	0,5	0,5
Ausrüstungen	0,7	0,5	-0,2	-0,2	0,3	0,3	0,3
Bauten	0,3	0,8	0,1	-0,1	0,3	0,1	0,2
Sonstige Anlagen	0,0	0,2	0,1	0,0	0,1	0,1	0,1
Vorratsveränderung	1,3	0,4	-1,6	0,6	-0,3	-0,6	-0,2
<b>Außenbeitrag</b>	<b>1,3</b>	<b>0,9</b>	<b>1,4</b>	<b>-0,5</b>	<b>0,4</b>	<b>0,4</b>	<b>0,1</b>
Exporte	5,5	3,5	1,2	0,7	1,8	3,0	2,5
Importe	-4,2	-2,6	0,1	-1,2	-1,5	-2,6	-2,4
<b>BIP<sup>2</sup></b>	<b>4,1</b>	<b>3,7</b>	<b>0,4</b>	<b>0,3</b>	<b>1,6</b>	<b>1,8</b>	<b>1,8</b>

Eigene Berechnungen nach Angaben des Statistischen Bundesamtes. - <sup>1</sup>Lundberg-Komponenten berechnet unter Verwendung der Vorjahrespreise. - <sup>2</sup>Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %.- <sup>P</sup>Eigene Prognose.

Jahresdurchschnitt erwarten wir einen Zuwachs der Ausfuhren um 6,5%. Im kommenden Jahr dürften die Exporte dann mit zwar zunehmendem, im längerfristigen Vergleich aber immer noch verhalten expandierendem, Welthandel moderat ausgeweitet werden, im Jahresdurchschnitt um 5,3%.

Für die Einfuhren zeichnet sich ab, dass sie im zweiten Halbjahr wieder deutlich kräftiger ausgeweitet werden. So nehmen die Ausrüstungsinvestitionen in der zweiten Jahreshälfte voraussichtlich stärker zu. Auch dürften die Unternehmen ihre Lagerbestände an Rohstoffen und Vorprodukten wieder auffüllen. Stützend dürfte auch der lebhaftere private Konsum wirken. Im kommenden Jahr wird sich die Zunahme der Einfuhren im Verlauf wohl etwas verlangsamen, vor allem weil die Impulse von den Investitionen und dem Konsum schwächer werden. Im Jahresdurchschnitt erwarten wir einen Zuwachs der Einfuhren um 6,6% in diesem und um 6,1% im kommenden Jahr. Damit trägt der Außenhandel in beiden Jahren leicht positiv zur Expansion des Bruttoinlandsprodukts bei (Tabelle 5).

Die *Terms of Trade* dürften sich in diesem Jahr abermals deutlich verbessern. So sind die Ausfuhrpreise in den ersten beiden Quartalen dieses Jahres gestiegen, während die Einfuhrpreise zu Jahresanfang aufgrund des starken Rückgangs der Ölpreise deutlich rückläufig waren. In der zweiten Jahreshälfte dürften sowohl die Ein- als

Importe  
steigen  
kräftiger

# Die wirtschaftliche Entwicklung im Inland

auch die Ausführpreise aufgrund der erneuten Verbilligung von Rohstoffen abermals zurückgehen, erstere allerdings ausgeprägter als letztere. Insgesamt erwarten wir für das Jahr 2015 einen Anstieg der Ausführpreise um 1,1% und einen Rückgang der Einfuhrpreise um 1,0%. Im kommenden Jahr dürften die Einfuhr- und die Ausführpreise mit ähnlichen Raten steigen, womit sich die *Terms of Trade* kaum ändern werden.

## 2.2. Unternehmensinvestitionen nehmen verhalten zu

Die Investitionen in Ausrüstungen, Wirtschaftsbauten und sonstige Anlagen gingen im zweiten Quartal 2015 nach einem kräftigen Jahresauftakt um 0,6% zurück. Hierfür ist in erster Linie der um 3,6% gesunkene Wirtschaftsbau verantwortlich. Der Rückgang war allerdings zum Teil eine technische Gegenreaktion auf den infolge der milden Witterung kräftigen Anstieg zu Beginn des Jahres. Auch mag die Unsicherheit über den Ausgang der Griechenland-Krise und die Abschwächung des Welthandels viele Unternehmen veranlasst haben, Investitionen in Maschinen und Geräte zurückzustellen. Diese nahmen im zweiten Quartal lediglich um 0,1% zu, nach einer kräftigen Expansion um 2,0% im ersten Vierteljahr.

Für die zweite Jahreshälfte 2015 zeichnet sich eine Belebung der Unternehmensinvestitionen ab. Die Ausrüstungsinvestitionen dürften sich nach einem Dämpfer im zweiten Quartal wieder erholen. Zum einen sind die Inlandsaufträge bei Investitionsgüterherstellern im Juli kräftig gestiegen und die Produktion im Investitionsgüterbereich folgt seit Mitte 2014 einem positiven Trend. Auch der *Order Capacity Index* ist deutlich nach oben gerichtet. Zum anderen haben sich die konjunkturellen Aussichten für den Euro-Raum verbessert, und die Unsicherheit unter den Unternehmen, abzulesen am *European News Index* und am *News Index* für Deutschland, hat abgenommen.

Demgegenüber deuten die Indikatoren für den Wirtschaftsbau auf zurückhaltende Investitionsplanungen hin. Zwar ist die Produktion im Baugewerbe im Juli gestiegen, entwickelt sich in der Tendenz aber wenig dynamisch. Auch die Auftragseingänge im gewerblichen Bau sind zuletzt gesunken. Die im Juni etwas gestiegenen Baugenehmigungen und die immer noch leicht zunehmenden Auftragsbestände sprechen für ein langsames Anziehen der Wirtschaftsbauinvestitionen im weiteren Jahresverlauf. Die günstigen Finanzierungsbedingungen, die Abwertung des Euro sowie die erneut gesunkenen Ölpreise dürften dagegen neue Investitionen anregen.

Allerdings gibt es auch Faktoren, die die Investitionstätigkeit der Unternehmen behindern. So dürften in exportorientierten Sektoren Investitionsvorhaben aufgrund der schwächeren Konjunktur in China zurückgestellt werden. So gehen die Investitions-

Ausrüstungs-  
investitionen  
erholen sich ...

... aber  
Wirtschaftsbau  
bleibt gedämpft

## 2. Die Verwendungskomponenten

**Tabelle 6**

### **Anlageinvestitionen in Deutschland**

2014 bis 2016; Veränderungen gegenüber dem Vorjahr in %

	Anteile <sup>1</sup>	2014	2015 <sup>P</sup>	2016 <sup>P</sup>
<b>Anlageinvestitionen insgesamt</b>	<b>100,0</b>	<b>3,5</b>	<b>2,5</b>	<b>2,6</b>
Ausrüstungen	31,9	4,5	4,7	3,8
sonstige Anlagen	17,6	3,1	2,7	2,2
Bauinvestitionen insgesamt	50,5	2,9	1,1	1,9
Wohnbauten	30,0	3,3	2,9	2,4
Nichtwohnbauten	20,5	2,4	-1,6	1,3
gewerbliche Bauten	14,4	2,3	-1,9	0,7
öffentliche Bauten	6,1	2,7	-0,9	2,6
nachrichtlich:				
Unternehmensinvestitionen	63,9	3,7	2,7	2,7

*Eigene Berechnungen nach Angaben des Statistischen Bundesamtes. – <sup>1</sup>Anteile des Jahres 2014 an den nominalen Investitionen in %. – <sup>P</sup>Eigene Prognose.*

absichten in der Kfz-Industrie – gegen den Trend der expansiven Investitionsplänen der Vorleistungs- und Konsumgüterhersteller – etwas zurück (DIHK 2015). Hinzu kommt, dass ein vom Konsum getragener Aufschwung in starkem Maße Dienstleistungssektoren begünstigt, die weniger kapitalintensiv produzieren. Während sich dort laut DIHK-Umfrage die Investitionsabsichten zuletzt spürbar verbessert haben, bewegt sich die Investitionsneigung der Investitionsgüterhersteller seitwärts auf einem relativ hohen Niveau. Zudem dürften im weiteren Prognosezeitraum die positiven Impulse von Faktoren wie dem Ölpreisrückgang und der Euro-Abwertung nachlassen. Vor diesem Hintergrund dürften die Ersatz- und Rationalisierungsmaßnahmen weiterhin im Vordergrund stehen.

Insgesamt dürften die Unternehmensinvestitionen nur verhalten expandieren und ihr Anstieg gegenüber dem in früheren Aufschwungphasen zurückbleiben. Dies könnte nicht nur konjunkturelle, sondern auch strukturelle Gründe haben. So argumentiert Summers (2014), dass die seit der Großen Rezession beobachtete Abnahme des Expansionstempos der Investitionen in den USA auf einen Wandel in der Art der Produktion zurückzuführen ist. Er verweist auf Unternehmen wie *Apple* und *Google*, die mit vergleichsweise geringen Investitionen in Sachkapital einen hohen Marktwert erreichen können. In eine ähnliche Richtung weisen nach Auffassung von Summers relativ sinkende Investitionsgüterpreise hin. Demnach könnten die Investitionen dank den preiswerteren Kapitalgütern mit weniger Kreditaufnahme bzw. Ausgaben getätigt werden. Caselli et al. (2003) zeigen am Beispiel der Investitionsschwäche im Euro-Raum zu Beginn der neunziger Jahre, dass eine schwachen Investitionstätigkeit

Investitionen  
schwächer als  
in früheren  
Aufschwüngen

# Die wirtschaftliche Entwicklung im Inland

durch eine erhöhte Unsicherheit verursacht sein könnte, die aus einer erhöhten Volatilität der Nachfrage resultieren kann. Vor diesem Hintergrund erwarten wir eine mäßige Expansion der Unternehmensinvestitionen um jeweils 2,7% in diesem und im kommenden Jahr.

## 2.3 Einkommenssteigerungen stimulieren Nachfrage der privaten Haushalte

Nachfrage der privaten Haushalte mit weniger Schwung ...

Die gesamtwirtschaftliche Expansion wurde in der ersten Hälfte dieses Jahres von der Nachfrage der privaten Haushalte getragen. Jedoch verloren sowohl die privaten Konsumausgaben als auch die Wohnungsbauinvestitionen an Schwung. Erstere wurden im zweiten Quartal lediglich um 0,2% ausgeweitet, nachdem sie im ersten Quartal noch um 0,4% zugelegt hatten. Die Wohnungsbauinvestitionen sind nach einem kräftigen Zuwachs zum Jahresauftakt um 2,5%, der allerdings zum Teil auf das milde Winterwetter zurückzuführen war, im zweiten Quartal um lediglich 0,5% gestiegen. Zwar blieb der Arbeitsmarkt robust und die Einkommenssituation der privaten Haushalte günstig, allerdings dämpften etwas höhere Teuerungsraten den Anstieg der Realeinkommen, und auch die Sparquote war etwas höher.

Die Expansion der verfügbaren Einkommen blieb im ersten Halbjahr mit einem Plus von 2,9% gegenüber dem Vorjahr kräftig. Wesentlichen Anteil daran hatte die Anhebung der monetären Sozialleistungen, die um 4,1% zulegten. Hier machten sich insbesondere die Mitte vergangenen Jahres in Kraft getretenen Leistungsausweitungen in der gesetzlichen Rentenversicherung bemerkbar, die erstmals die volle Jahreswirkung entfalteten. Positive Impulse kamen ebenfalls von den Lohneinkommen. Vor dem Hintergrund einer anhaltend guten Beschäftigungslage nahmen die Bruttolöhne und -gehälter um 3,7% zu. Der Zuwachs der Nettolöhne blieb allerdings mit 3,1% hinter der Ausweitung der Bruttolohneinkommen zurück, vornehmlich weil die Lohnsteuerbelastung wegen der Progression gestiegen ist. Aufgrund eines starken ersten Quartals legten die Kapitaleinkommen in der ersten Jahreshälfte um 2,8% zu.

... erhält aber neue Impulse durch Finanzpolitik ....

Im Prognosezeitraum dürften die verfügbaren Einkommen beschleunigt zunehmen. Die Bruttolöhne und -gehälter werden bei weiterhin günstiger Arbeitsmarktlage in 2015 jahresdurchschnittlich um 3,8% steigen, die Nettolohneinkommen um 3,3%. Die Auszahlung des rückwirkend zum 1. Januar 2015 erhöhten Kindergeldes und die Anhebung der Renten zur Jahresmitte werden in der zweiten Jahreshälfte die Expansion der Transfereinkommen verstärken. Zudem führt der Zustrom von Asylbewerbern und Flüchtlingen zu steigenden Sozialleistungen. Alles in allem werden die Transfers im Jahresdurchschnitt um 3,9% zulegen. Zwar werden die Zinseinkommen aufgrund niedriger Zinsen weiter sinken, aber die Einkommen aus unternehmerischer Tätigkeit dürften von der gesamtwirtschaftlichen Expansion profitieren. Per saldo erwarten wir

## 2. Die Verwendungskomponenten

**Tabelle 7**  
**Privater Konsum und verfügbare Einkommen**  
 2012 bis 2016; Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %

	2012	2013	2014	2015 <sup>p</sup>	2016 <sup>p</sup>
<b>Konsumausgaben, real</b>	<b>1,0</b>	<b>0,6</b>	<b>0,9</b>	<b>2,0</b>	<b>1,9</b>
Sparquote (in %)	9,3	9,1	9,5	9,7	9,6
Verfügbare Einkommen	2,1	1,8	2,3	3,0	3,0
darunter:					
Nettolohneinkommen	3,9	2,9	3,6	3,3	3,3
Kapitaleinkommen	0,9	0,3	-0,2	2,5	2,2
Transfereinkommen	1,3	2,4	2,7	3,9	3,7
nachrichtlich:					
Bruttolöhne und -gehälter <sup>1</sup>	4,1	3,1	3,9	3,8	3,3
Konsumdeflator	1,6	1,2	0,9	0,6	1,1
Verfügbare Realeinkommen	0,5	0,5	1,3	2,3	1,8

*Eigene Berechnungen nach Angaben des Statistischen Bundesamtes. – <sup>1</sup>Im Inland. – <sup>p</sup>Eigene Prognose.*

für 2015 eine Zunahme der Kapitaleinkommen um 2,5%. Die verfügbaren Einkommen dürften sich demgemäß in diesem Jahr um 3,0% erhöhen. Bei dem geringen Preisauftrieb folgt daraus ein Anstieg der Realeinkommen um 2,3% – der kräftigste seit 14 Jahren.

Im kommenden Jahr dürfte sich die Dynamik der Bruttoverdienste etwas verlangsamen, da der Beschäftigungsaufbau an Schwung verliert. Allerdings wird es zu höheren Entlastungen bei der Lohnsteuer kommen, da zum 1. Januar der Grundfreibetrag und der Kinderfreibetrag abermals erhöht werden und die Eckwerte des Steuertarifs angehoben werden („Abbau der kalten Progression“). Daher dürften die Nettolohneinkommen um 3,3% steigen. Die monetären Sozialleistungen werden auch 2016 merklich ausgeweitet. Entscheidend hierfür ist, dass zur Jahresmitte mit einer deutlichen Anhebung der Renten zu rechnen ist. Zudem wird das Kindergeld zu Jahresbeginn nochmals angehoben.<sup>4</sup> Die Transfereinkommen insgesamt dürften um 3,7% steigen. Die Zuwächse bei den Kapitaleinkommen werden wohl im kommenden Jahr

... und von  
niedrigen  
Ölpreis

<sup>4</sup> Aus heutiger Perspektive ist eine Rentenerhöhung von mehr als 4% wahrscheinlich. Diese reflektiert nicht nur den kräftigen Anstieg der Bruttolöhne und -gehälter (BLG) je Arbeitnehmer, dem zentralen Parameter der Rentenformel, sondern auch eine statistische Besonderheit. Im Jahr 2015 waren durch die Revision der VGR die BLG je Arbeitnehmer zu niedrig ausgewiesen worden, was 2016 korrigiert werden soll.

# Die wirtschaftliche Entwicklung im Inland

etwas geringer ausfallen. Alles in allem prognostizieren wir eine Zunahme der verfügbaren Einkommen um 3,0%. Da die Teuerungsraten anziehen werden, verbleibt ein Anstieg der Realeinkommen um 1,8%.

fi Damit sind die Voraussetzungen für einen weiter recht kräftigen Anstieg der **privaten Konsumausgaben** gegeben. Dies gilt insbesondere für das laufende Quartal. Hierauf deuten die im Juli kräftige Ausweitung der Einzelhandelsumsätze und die inzwischen wieder aufwärts gerichteten Kfz-Neuzulassungen hin, die noch im Mai nachgegeben hatten. Zwar kühlte sich das Konsumklima gemessen an der Verbraucherumfrage im Auftrag der EU Kommission zuletzt etwas ab, allerdings liegen die Stimmungsindikatoren weiterhin auf einem hohen Niveau. Zum Jahresende hin wird sich aber wohl die Dynamik etwas abschwächen. Für dieses Jahr erwarten wir alles in allem eine Zunahme der realen Konsumausgaben um 2,0%. Im nächsten Jahr dürfte der Konsum aufgrund anziehender Teuerungsraten etwas schwächer ausgeweitet werden, im Jahresdurchschnitt um 1,9%.

fi Auch die **Wohnungsbauinvestitionen** werden voraussichtlich aufwärts gerichtet bleiben. Impulse gehen außer von der deutlichen Zunahme der Realeinkommen von der Lage am Arbeitsmarkt und den günstigen Finanzierungsbedingungen aus. Aufgrund des niedrigen Zinsniveaus werfen Investitionen in Wohnungen für gewerbliche wie für private Anleger zudem vielfach eine höhere Rendite als alternative Kapitalanlagen ab. Auf eine weiterhin lebhafte Bautätigkeit weist hin, dass die Baugenehmigungen und der Auftragsbestand im Wohnungsbau stark gestiegen sind. Zusätzlich dürfte die hohe Zuwanderung den Bedarf nach Wohnraum steigern. Die hohe Nachfrage im Wohnungsbau führt allerdings inzwischen zu einem Anziehen der Baupreise. Insgesamt dürften die Wohnungsbauinvestitionen um 2,9% in diesem und 2,4% im kommenden Jahr expandieren.

Weiter kräftige  
Zunahme der  
Konsumausgaben ...

... und der  
Wohnungsbau-  
investitionen

## 3. Produktion und Arbeitsmarkt

### 3.1 Produktionsanstieg von Dienstleistungen getragen

In der ersten Jahreshälfte wurde die Konjunktur wesentlich vom Verarbeitenden Gewerbe und den Unternehmensdienstleistern getragen. In den meisten anderen Sektoren war die Entwicklung uneinheitlich. So folgte im Baugewerbe auf eine kräftige Produktionsausweitung im ersten Quartal ein Rückgang im zweiten, während im Informations- und Kommunikationssektor, einem im Trend kräftig wachsenden Bereich, die Wertschöpfung im ersten Quartal stagnierte, im zweiten aber spürbar zunahm. Im Bereich der Finanz- und Versicherungsdienstleistungen setzte sich der schon seit geraumer Zeit beobachtete Rückgang der Wertschöpfung fort.

### 3. Produktion und Arbeitsmarkt

Für das laufende Quartal deuten die Indikatoren auf einen eher mäßigen Produktionsanstieg im Verarbeitenden Gewerbe und im Bausektor hin. In den meisten Dienstleistungsbranchen dürfte die Wertschöpfung spürbar ausgeweitet werden. Dafür sprechen sowohl der PMI als auch der ifo Geschäftsklimaindex für den Dienstleistungssektor. Im Durchschnitt dieses Jahres dürfte so das BIP um 1,8% zunehmen (arbeitsmäßig bereinigt 1,6%).

Spürbare steigende Dienstleistungsproduktion

Im weiteren Prognosezeitraum dürfte die Produktion im Verarbeitenden Gewerbe zwar etwas kräftiger ausgeweitet werden als derzeit, jedoch bleibt das Expansions-tempo hinter dem früherer Aufschwungsphasen zurück, wofür die eher mäßige Ausweitung der Investitionen und die schwächere Expansion in den Schwellenländern verantwortlich sind. Stützend wirkt allerdings die bessere Konjunktur im Euro-Raum. Die Bauproduktion wird voraussichtlich mit geringen Raten, aber kontinuierlich ausgeweitet werden. Überproportional zur Wirtschaftsleistung insgesamt werden wohl insbesondere die Bereiche Handel, Verkehr und Gastgewerbe, Kommunikation und Information sowie die Unternehmensdienstleister expandieren. Aus alledem ergibt sich ein Anstieg des BIP um 1,8%.

**Tabelle 8**

#### Bruttoinlandsprodukt und Wertschöpfung nach Wirtschaftsbereichen<sup>1</sup>

2015 bis 2016; Veränderung gegenüber dem Vorquartal in %

	2015				2016 <sup>P</sup>			
	1.Q	2.Q	3.Q <sup>P</sup>	4.Q <sup>P</sup>	1.Q	2.Q	3.Q	4.Q
<b>Bruttoinlandsprodukt</b>	<b>0,3</b>	<b>0,4</b>	<b>0,5</b>	<b>0,5</b>	<b>0,4</b>	<b>0,4</b>	<b>0,4</b>	<b>0,4</b>
Darunter:								
Bruttowertschöpfung der Wirtschaftsbereiche	0,7	0,3	0,5	0,5	0,5	0,5	0,5	0,5
Darunter:								
Verarbeitendes Gewerbe	0,6	0,6	0,2	0,5	0,6	0,6	0,6	0,7
Energie, Wasservers., Bergbau	1,5	1,8	0,4	0,4	0,3	0,3	0,3	0,3
Baugewerbe	2,3	-1,2	0,2	0,5	0,3	0,4	0,3	0,3
Handel, Verkehr, Gastgewerbe	1,2	0,1	0,9	0,5	0,6	0,6	0,6	0,6
Information und Kommunikation	0,0	1,3	1,1	1,2	1,0	0,7	0,7	0,6
Finanz- und Versicherungsdienstl.	0,3	-1,1	-0,1	-0,1	-0,1	-0,1	-0,1	-0,1
Grundstücks- und Wohnungswesen	0,6	0,1	0,4	0,4	0,4	0,4	0,3	0,4
Unternehmensdienstleister	0,7	0,6	0,5	0,5	0,6	0,6	0,5	0,5
Öffentliche Dienstleister, Erziehung, Gesundheit	0,2	0,2	0,5	0,6	0,5	0,4	0,4	0,4
Sonstige Dienstleister	0,1	0,0	0,2	0,2	0,2	0,2	0,2	0,2

Eigene Berechnungen nach Angaben des Statistischen Bundesamtes. – <sup>1</sup>Saison- und arbeitstäglich bereinigt. – <sup>P</sup>Eigene Prognose.

# Die wirtschaftliche Entwicklung im Inland

## 3.2. Beschäftigungsaufbau verliert an Schwung

Die Lage auf dem Arbeitsmarkt blieb im ersten Halbjahr 2015 günstig. Allerdings expandierte die Erwerbstätigkeit im bisherigen Jahresverlauf schwächer als in den Jahren zuvor. Hierzu hat insbesondere der ausgeprägte Rückgang der geringfügigen Beschäftigung beigetragen. Hier gingen in den ersten sechs Monaten saisonbereinigt 147 000 Stellen verloren. Ein Großteil davon wurde zu Jahresbeginn abgebaut, was darauf hinweist, dass dies eine Folge der Einführung des allgemeinen gesetzlichen Mindestlohns sein dürfte. Durch diesen haben sich insbesondere die Arbeitskosten geringfügig Beschäftigter verteuert. Die Zahl der Erwerbstätigen im Inland insgesamt nahm in der ersten Jahreshälfte um 74 000 bzw. 0,2% gegenüber dem zweiten Halbjahr 2014 zu, in welchem die Steigerungsrate noch bei reichlich 0,3% lag. Der Beschäftigungsaufbau wurde von einer kräftigen Ausweitung der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung getragen, welche den Rückgang anderer Beschäftigungsformen mehr als ausglich. Die Arbeitslosigkeit war weiterhin rückläufig.

Lage am  
Arbeitsmarkt  
weiter günstig

Die Zahl der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnisse hat im Verlauf der ersten Jahreshälfte um 327 000 zugenommen, wobei der Zuwachs im zweiten Quartal etwas an Schwung verloren hat. Es ist anzunehmen, dass zumindest ein Teil der wegfallenden Minijobs in sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse umgewandelt worden ist. Zwar kann man aus den vorliegenden Daten nicht ableiten, wie viele Stellen dies waren, jedoch fällt auf, dass der Zuwachs an sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung im ersten Halbjahr 2015 dort hoch war, wo bislang viele Arbeitnehmer geringfügig beschäftigt waren. Dies gilt insbesondere für das Gastgewerbe. Neben Minijobs ging auch die Zahl der Selbständigen und der Teilnehmer an arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen in Form von Arbeitsgelegenheiten zurück.

Minijobs zum  
Teil in sozial-  
versicherungspflichtige Jobs  
umgewandelt

Das gesamtwirtschaftliche Arbeitsvolumen wurde in der ersten Hälfte dieses Jahres saisonbereinigt um 0,3% ausgeweitet. Ebenso wie der Aufbau der Beschäftigung verlor die Expansion bei den geleisteten Arbeitsstunden im zweiten Quartal an Schwung. Hier machte sich allem Anschein nach bemerkbar, dass die Frühjahrsbelegung nach einem eher milden Winter etwas verhaltener ausfiel. Die Arbeitszeit je Erwerbstätigen dürfte durch die Einführung des Mindestlohns gegensätzlich beeinflusst werden. Einerseits dürfte der Abbau der geringfügigen Beschäftigung für sich genommen zu einem Anstieg der durchschnittlichen Arbeitszeit führen, da die Arbeitszeit dieser Arbeitnehmer unter dem gesamtwirtschaftlichen Durchschnitt liegt. Andererseits dürfte ein Teil der verbleibenden Minijobber die Arbeitszeit verringert haben, um unter der

### 3. Produktion und Arbeitsmarkt

**Tabelle 9**

**Arbeitsmarktbilanz**

2010 bis 2016; Jahresdurchschnitt in 1 000 Personen

	2010	2011	2012	2013	2014	2015 <sup>P</sup>	2016 <sup>P</sup>
<b>Arbeitsvolumen (Mill. Stunden)</b>	<b>57.013</b>	<b>57.909</b>	<b>57.845</b>	<b>57.639</b>	<b>58.349</b>	<b>58.760</b>	<b>59.102</b>
<b>Erwerbstätige Inland</b>	<b>41.020</b>	<b>41.577</b>	<b>42.060</b>	<b>42.328</b>	<b>42.703</b>	<b>42.908</b>	<b>43.103</b>
<b>Erwerbstätige Inländer</b>	<b>40.983</b>	<b>41.534</b>	<b>42.007</b>	<b>42.269</b>	<b>42.640</b>	<b>42.839</b>	<b>43.034</b>
Selbständige	4.487	4.563	4.560	4.459	4.397	4.300	4.234
darunter:							
Förderung d.Selbständigkeit <sup>1</sup>	154	136	77	27	33	31	28
Arbeitnehmer	36.533	37.014	37.500	37.869	38.306	38.608	38.869
darunter:							
Sozialversicherungspflichtig							
Beschäftigte	28.008	28.687	29.341	29.713	30.197	30.749	31.072
Ausschließlich geringfügig							
Beschäftigte	5.025	5.014	4.981	5.017	5.029	4.843	4.782
<b>Unterbeschäftigte (ohne Kurzarbeiter)</b>	<b>4.701</b>	<b>4.212</b>	<b>3.928</b>	<b>3.901</b>	<b>3.803</b>	<b>3.634</b>	<b>3.619</b>
darunter:							
Registrierte Arbeitslose	3.239	2.976	2.897	2.950	2.898	2.790	2.792
Aktivierung und berufliche							
Eingliederung	224	161	144	161	162	171	173
Berufliche Weiterbildung	215	178	148	155	161	169	171
„Ein-Euro-Jobs“	306	188	137	111	97	90	83
Gründungszuschuss	144	128	69	19	26	26	26
Kurzarbeiter	503	148	112	124	94	88	64
Unterbeschäftigte (einschl. Kurzarbeiter)	4.869	4.267	3.970	3.949	3.840	3.670	3.645
nachrichtlich:							
Arbeitslosenquote <sup>3</sup>	7,7	7,1	6,8	6,9	6,7	6,4	6,4
Erwerbslosenquote <sup>4</sup>	6,4	5,5	5,0	4,9	4,7	4,4	4,3

Eigene Berechnungen nach Angaben des Statistischen Bundesamtes, der Bundesagentur für Arbeit und des IAB. -<sup>1</sup>Überbrückungsgeld, Existenzgründungszuschuss, Einstiegsgeld, Gründungszuschuss. -<sup>2</sup>Vollzeitäquivalente. -<sup>3</sup>Abgrenzung der Bundesagentur für Arbeit; bezogen auf alle zivilen Erwerbspersonen. -<sup>4</sup>Abgrenzung der International Labour Organization; bezogen auf alle inländischen Erwerbspersonen. -<sup>P</sup>Eigene Prognose, Angaben gerundet.

Einkommensgrenze von 450 € zu bleiben. Alles in allem nahm das Arbeitsvolumen je Erwerbstätigen entgegen dem auf längere Sicht rückläufigen Trend im ersten Halbjahr 2015 saisonbereinigt um 0,1% zu, nachdem es bereits 2014 um 0,3% gestiegen war.

## Die wirtschaftliche Entwicklung im Inland

Auf die registrierte Arbeitslosigkeit dürfte der Rückgang der geringfügigen Beschäftigung nur in geringem Maße durchschlagen. Einige der bisherigen Minijobber waren ohnehin schon als arbeitslos registriert, andere wie Rentner und Studenten werden nicht von der Bundesagentur für Arbeit erfasst. Bemerkbar macht sich hier allerdings die Rente ab 63. Nach Inkrafttreten dieser Regelung zum 1. Juli 2014 gab es aus der Gruppe der Arbeitslosen ab 63 Jahren überdurchschnittlich viele Abgänge mit dem Abgangsgrund „Ausscheiden aus dem Erwerbsleben“. Auch in diesem Jahr lagen diese Abgänge auf einem deutlich höheren Niveau als noch in den Jahren vor Einführung der Rentenregelung (Bundesagentur für Arbeit 2015).

Nur mäßige  
Verringerung der  
Arbeitslosigkeit  
...

Insgesamt sank die Zahl der Arbeitslosen zwischen Januar und August saisonbereinigt um 52 000. Der Rückgang der Arbeitslosigkeit hat sich im Verlauf etwas verlangsamt, war allerdings im August mit rund 6 000 wieder recht deutlich. Dieser relativ moderate Abbau der Arbeitslosigkeit steht im Kontrast zu dem starken Beschäftigungsaufbau. Die Ausweitung der Beschäftigung wurde allem Anschein nach weiterhin überwiegend aus der Stillen Reserve und der Erhöhung des Erwerbspersonenpotenzials gespeist.

... bei weiter  
zunehmenden  
Offenen Stellen

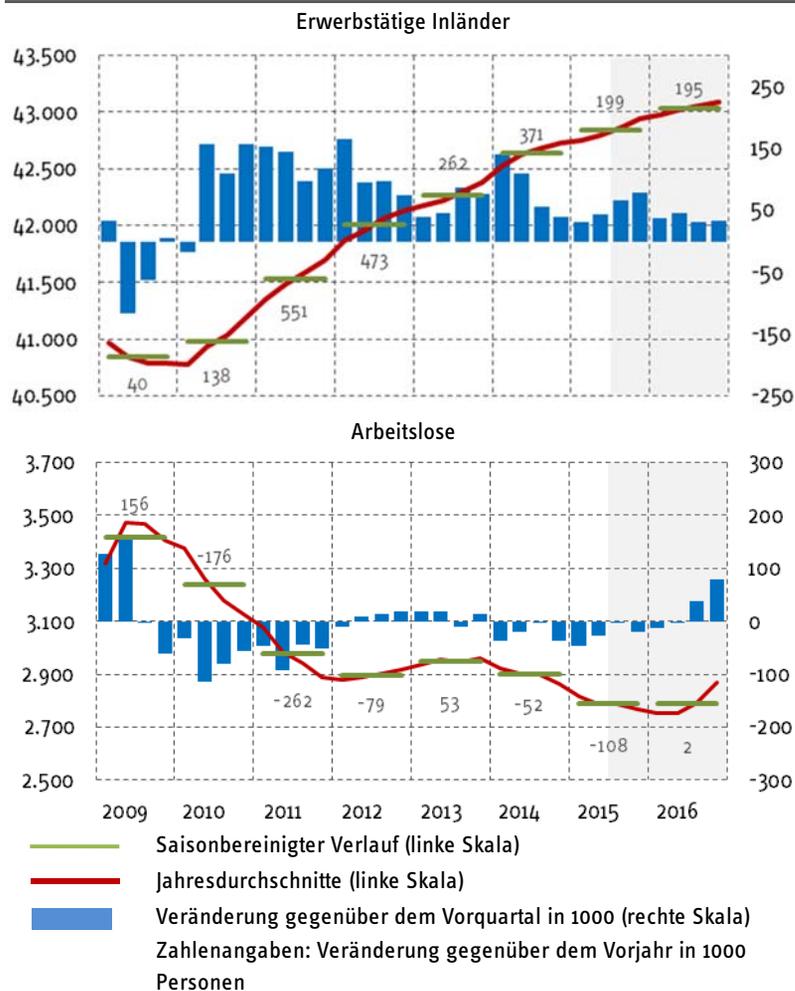
Im weiteren Jahresverlauf dürfte die Erwerbstätigkeit aufwärtsgerichtet bleiben. Darauf deuten einige Frühindikatoren zur Einstellungsbereitschaft der Unternehmen hin: Das ifo Beschäftigungsbarometer ist im August kräftig gestiegen. Eine gesamtwirtschaftliche Expansion, die vom privaten Verbrauch getragen wird, stärkt insbesondere die Dienstleistungsbranche. Hier erreichte dieser Index den höchsten Stand seit April 2011. Ebenso setzte der Stellenindex BA-X der Bundesagentur für Arbeit im August seinen Aufwärtstrend fort. Schließlich nahmen die saisonbereinigten Stellenzugänge, nach Rückgängen im Juni und Juli, wieder zu. Der Arbeitskräftebedarf der Unternehmen bleibt also auf einem hohen Niveau.

Die Arbeitsnachfrage – gemessen am Arbeitsvolumen – dürfte im Jahr 2015 vor dem Hintergrund der von uns prognostizierten gesamtwirtschaftlichen Expansion im Jahresdurchschnitt um 0,7% steigen (Tabelle 9). Da bei zunehmender Kapazitätsauslastung erfahrungsgemäß vermehrt Überstunden geleistet werden, erwarten wir für den Jahresdurchschnitt 2015 einen Anstieg der Arbeitszeit um 0,2%. Im kommenden Jahr dürfte das Arbeitsvolumen in etwas geringerem Tempo zulegen, nämlich um 0,6%.

Da allem Anschein nach der Effekt der Einführung des Mindestlohns auf die Beschäftigungsstruktur zur Jahreswende am größten war, dürfte das Tempo, mit dem die Minijobs reduziert werden, weiter sinken. Im Durchschnitt des Jahres 2015 dürfte die geringfügige Beschäftigung um 186 000 Stellen unter dem Vorjahreswert liegen. Die Zunahme der Erwerbstätigkeit dürfte dagegen im weiteren Jahresverlauf etwas

### 3. Produktion und Arbeitsmarkt

**Schaubild 7**  
**Erwerbstätige und Arbeitslose**  
 2009 bis 2016; saisonbereinigter Verlauf in 1000 Personen



Eigene Berechnungen nach Angaben des Statistischen Bundesamtes und der Bundesagentur für Arbeit.

## Die wirtschaftliche Entwicklung im Inland

Beschäftigungs-  
aufbau dürfte  
sich verlangsamen

an Schwung gewinnen; für den Jahresdurchschnitt ist ein Zuwachs um 205 000 Stellen zu erwarten (Schaubild 7). Maßgeblich hierfür wird wohl der Aufbau der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung sein. Im kommenden Jahr dürfte die Zahl der Erwerbstätigen in ähnlichem Umfang expandieren, wobei der Anstieg der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnisse und die Abnahme der Minijobs jeweils geringer ausfallen werden.

Für die kommenden Monate erwarten wir einen weiteren Rückgang der Arbeitslosigkeit. Das IAB-Arbeitsmarktbarometer ist im August das dritte Mal in Folge gestiegen und lag weiterhin über einem Wert von 100, was auf einen anhaltenden Rückgang der Arbeitslosigkeit im weiteren Jahresverlauf hindeutet. Allerdings bleiben gemeldete Stellen länger vakant als noch im Vorjahr. Für Unternehmen wird es allem Anschein nach schwieriger, offene Stellen zu besetzen. Dies weist auf ein Missverhältnis zwischen den Profilen der Arbeitslosen und den Anforderungen der Arbeitskräftenachfrage hin, welches sich ebenfalls in dem unterproportionalen Rückgang der Arbeitslosigkeit im Vergleich zum Beschäftigungsaufbau zeigt. Für das Jahr 2015 erwarten wir eine durchschnittliche Reduzierung der Arbeitslosigkeit um 108 000. Die Arbeitslosenquote dürfte damit auf 6,4% sinken.

Flüchtlings-  
migration  
schlägt auf  
Arbeitsmarkt  
durch

Im kommenden Jahr dürfte die Zahl der Arbeitslosen durch den gegenwärtigen Zustrom von Asylsuchenden und Flüchtlingen beeinflusst werden. Diese dürfen nach geltendem Recht nach drei Monaten unter bestimmten Voraussetzungen eine Beschäftigung aufnehmen; so müssen die Ausländerämter und die Bundesagentur für Arbeit zustimmen. Letztere prüft, ob die Stelle durch einen Deutschen, einen EU-Bürger oder Ausländer mit bevorrechtigten Aufenthaltsstatus besetzt werden kann. Diese Vorrangprüfung entfällt nach 15 Monaten. Personen, die als Asylberechtigte und Flüchtlinge anerkannt wurden, haben freien Zugang zum Arbeitsmarkt und Anspruch auf Arbeitslosengeld II. Insofern dürften sie die Zahl der Arbeitslosen tendenziell erhöhen. Da jedoch einerseits das Tempo, mit dem Anerkennungsverfahren ablaufen, andererseits die Qualifikation und der Anteil der Personen im erwerbsfähigen Alter unter den Zuwanderern der jüngsten Welle unbekannt sind, lässt sich schwer sagen, wie stark dieser Effekt sein wird. Wir unterstellen hier, dass die Arbeitslosigkeit im Jahresverlauf wieder zunimmt. Die Arbeitslosenquote dürfte im Jahresdurchschnitt unverändert bleiben, wobei die Zahl der Bezieher von Arbeitslosengeld I abnehmen und die der von Arbeitslosengeld II steigen dürfte.

## 4. Löhne und Preise

### 4. Löhne und Preise

#### 4.1. Weiterhin deutliches Lohnwachstum

Die Dynamik der Tariflöhne hat sich im ersten Halbjahr 2015 spürbar abgeschwächt. Waren die tariflichen Stundenlöhne in der zweiten Jahreshälfte 2014 noch um 2,9% gegenüber dem Vorjahr gestiegen, so betrug der Zuwachs in der ersten Jahreshälfte 2015 lediglich 2,2% (auf Monatsbasis 2,1%). Zum einen machte sich der Wegfall von Sonderzahlungen (z.B. im Einzelhandel) sowie Nullmonate in einzelnen Branchen bemerkbar (z.B. im Versicherungsgewerbe, Einzelhandel und im Öffentlichen Dienst der Länder). Zum anderen waren die Abschlüsse mit Entgeltsteigerungen von zumeist unter 3,0% relativ niedrig, was wohl daran liegt, dass für die Arbeitnehmerseite häufig neben dem Entgelt andere Aspekte von Bedeutung waren, z.B. Regelungen zur Arbeitszeit, zur Geltung des Tarifvertrages oder zu Betriebsrenten.

Lohnanstieg  
langsamer als  
im Vorjahr

Die Tarifrunde 2015 ist weitgehend abgeschlossen.<sup>5</sup> Auf Grundlage der vorliegenden Tarifabschlüsse erwarten wir für dieses Jahr eine Erhöhung der tariflichen Stunden- und Monatslöhne um 2,4%. Für das Jahr 2016 sind die Lohnerhöhungen bereits für etwa die Hälfte der von Tarifverträgen erfassten Arbeitnehmer festgelegt; einige Tarifverträge laufen sogar bis 2017 (z.B. Versicherungen, Einzelhandel) oder 2018 (Deutsche Post). Für künftige Tarifrunden erwarten wir angesichts einer weiterhin hohen Arbeitsnachfrage und einer gestärkten Verhandlungsposition der Arbeitnehmer etwas kräftigere Tariflohnsteigerungen; im Jahresdurchschnitt dürften die Tariflöhne auf Stunden- und auf Monatsbasis um jeweils 2,6% zunehmen (Tabelle 10).

Die Entwicklung der Effektivlöhne wurde in diesem Jahr wesentlich von der Einführung des allgemeinen gesetzlichen Mindestlohns beeinflusst. Er trug wohl dazu bei, dass die Lohndrift in den ersten beiden Quartalen 2015 das erste Mal seit zwei Jahren positiv war, dass also die Effektivlöhne rascher stiegen als die Tariflöhne. Die effektiven Löhne je Arbeitnehmer nahmen im ersten Halbjahr 2015 gegenüber dem Vorjahr um 2,9% zu. Im gleichen Zeitraum fiel die Erhöhung der Stundenlöhne mit 2,7% etwas geringer aus, da die durchschnittliche Arbeitszeit stieg.

Positive Lohndrift  
durch Einführung  
des Mindestlohns

Es ist anzunehmen, dass der flächendeckende Mindestlohn hauptsächlich die Verdienste im Dienstleistungssektor beeinflusst hat, da hier die Tarifbindung vielfach gering ist und die Entlohnung vor Einführung des Mindestlohns relativ niedrig war.

<sup>5</sup> Zu den wenigen Branchen, für die noch Verhandlungen ausstehen, gehören das Gebäudereinigerhandwerk (etwa 400.000 Beschäftigte) und die Eisen- und Stahlbranche (etwa 80.000 Arbeitnehmer), deren aktuelle Verträge zum 31. Oktober dieses Jahres auslaufen.

## Die wirtschaftliche Entwicklung im Inland

Während in den Jahren zuvor die Lohndrift auf Stundenbasis in der Gesamtwirtschaft von derjenigen im Produzierenden Gewerbe geprägt wurde, blieb diese in den ersten beiden Quartalen dieses Jahres negativ. Diesmal war es allem Anschein nach der Dienstleistungsbereich, in dem die Lohndrift positiv war, was eine Folge der Mindestlohneinführung sein dürfte.

Einen weiteren Anhaltspunkt zu den Wirkungen des Mindestlohns auf die Löhne liefert ein Vergleich der Verdienstentwicklung zwischen West- und Ostdeutschland. Vor Einführung des Mindestlohns bezogen besonders viele Arbeitnehmer in den neuen Bundesländern einen Lohn unter 8,50 € je Stunde.<sup>6</sup> Demnach dürften dort – vornehmlich in den Dienstleistungsbranchen – die Verdienste relativ stark gestiegen sein. Die Verdiensterhebung des Statistischen Bundesamtes<sup>7</sup> bestätigt, dass es im ersten Quartal 2015 zum Teil deutliche Unterschiede zwischen West- und Ostdeutschland bei den Gehaltssteigerungen in einzelnen Dienstleistungszweigen gab. So stiegen die Löhne in den neuen Bundesländern in der Gastronomie und bei den Wach- und Sicherheitsdienstleistungen um 12,6 bzw. 12,0%, während die Wachstumsraten in Westdeutschland bei 1,9 bzw. 0,6% lagen.

Mindestlohn  
verteuert  
Arbeit in  
Ostdeutschland

Auch spiegelt sich in der Verdienststatistik wider, dass die Einführung des Mindestlohns vornehmlich einfache Arbeiten verteuert hat. Im ersten Quartal 2015 nahmen die Entgelte in den Leistungsgruppen der angelernten und ungelernten Arbeitnehmer in den neuen Bundesländern um 6,4 bzw. 9,4% im Vergleich zum Vorjahr zu. Dagegen betrug der Anstieg in den oberen Leistungsgruppen (Arbeitnehmer in leitender Stellung und herausgehobene Fachkräfte) 3,0 bzw. 3,2%. In Westdeutschland, wo das Lohnniveau bereits im Vorfeld relativ hoch war, sind die Steigerungen homogener, und der Lohnzuwachs insgesamt war verhaltener. Während dort die Bruttostundenverdienste über alle Gruppen hinweg um 1,8% zulegten, betrug die Erhöhung in Ostdeutschland 4,2%.

Alles in allem könnte die Einführung des Mindestlohns nach Auswertungen der Deutschen Bundesbank einen Beitrag von mindestens einem viertel Prozentpunkt zur Erhöhung der Brutto-Stundenverdienste geleistet haben, wobei die Entlohnung der geringfügig Beschäftigten nicht berücksichtigt werden konnte (Deutsche Bundesbank 2015a: 58-59).

<sup>6</sup> Dies ergibt sich jedenfalls aus dem Sozioökonomischen Panel (SOEP). Vgl. dazu die Auswertungen von z.B. Kalina und Weinkopf (2014) oder Brautzsch und Schultz (2013).

<sup>7</sup> Für die besonders vom Mindestlohn betroffene Gruppe der geringfügig Beschäftigten liegen dort keine Stundenverdienste vor.

## 4. Löhne und Preise

**Tabelle 10**

### Löhne und Lohnkosten

2012 bis 2016; Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %

	2012	2013	2014	2015 <sup>P</sup>	2016 <sup>P</sup>
<b>Je Arbeitnehmer</b>					
Tariflöhne	2,6	2,4	2,9	2,4	2,6
Bruttolöhne und -gehälter (Effektivlöhne)	2,8	2,1	2,7	3,0	2,7
Lohndrift	0,1	-0,3	-0,2	0,6	0,1
<b>Je Stunde</b>					
Tariflöhne	2,7	2,4	3,0	2,4	2,6
Bruttolöhne und -gehälter (Effektivlöhne)	3,9	2,9	2,1	2,7	2,7
Lohndrift	1,2	0,5	-0,9	0,3	0,1
Arbeitskosten (nominal)	3,6	2,6	2,0	2,6	2,5
Arbeitskosten (real)	2,1	0,5	0,3	0,8	1,0
Lohnstückkosten (nominal)	3,3	2,2	1,9	1,5	1,1
Lohnstückkosten (real)	1,8	0,1	0,2	-0,3	-0,3

Eigene Berechnungen nach Angaben des Statistischen Bundesamtes. – <sup>1</sup>Im Inland. – <sup>P</sup>Eigene Prognose.

Im weiteren Jahresverlauf dürften die Effektivlöhne bei günstiger Arbeitsmarktlage und erhöhter Arbeitsnachfrage nochmals kräftiger steigen als die Tariflöhne. Wir erwarten für das Jahr 2015 insgesamt eine Zunahme um 3,0% je Kopf bzw. um 2,7% je Stunde.<sup>8</sup> Im Jahr 2016 wird die Lohndrift voraussichtlich geringer sein, da der Mindestlohneffekt wegfallen wird. Die effektiven Löhne dürften auf Stunden- und auf Monatsbasis um jeweils 2,7% zunehmen. Die realen Lohnstückkosten werden voraussichtlich in beiden Jahren um 0,3% sinken.

Lohnanstieg  
bleibt  
kräftig

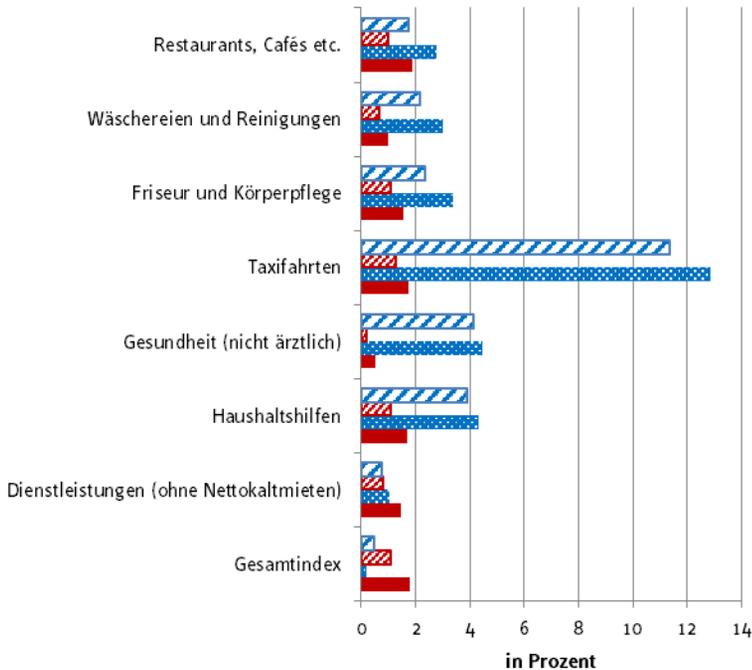
### 4.2 Energiepreise dämpfen erneut den Preisauftrieb

Der Preisauftrieb in Deutschland hat sich in den vergangenen Monaten erneut abgeschwächt. Zwar war die Inflation zwischen Januar und Mai 2015 von -0,3% auf 0,7% gestiegen. Im August lag die Teuerung jedoch lediglich bei 0,2%. Wesentliche Ursache für diese Abschwächung waren die zuletzt wieder deutlich gesunkenen Notierungen für Rohöl. So kostete ein Barrel der Sorte Brent im August rund 28%

<sup>8</sup> Zu dem geringeren Anstieg der Stundenlöhne trägt auch bei, dass im vierten Quartal 2015 zwei Arbeitstage mehr zur Verfügung stehen als im Vorjahr.

## Die wirtschaftliche Entwicklung im Inland

**Schaubild 8**  
**Verbraucherpreise in vom Mindestlohn mutmaßlich betroffenen Dienstleistungs-**  
**branchen**  
 2000 bis 2015; Veränderungsraten in %



- ▨ Veränderung zwischen Dezember 2014 und Juli 2015
- ▣ Median der Veränderungen zwischen Dezember und Juli (2000-2014)
- ▤ Vorjahresveränderung Juli (2015)
- Median der Vorjahresveränderungen im Juli (2000-2014)

*Eigene Berechnungen nach Angaben des Statistischen Bundesamtes.*

weniger als im Mai. Der binnenwirtschaftliche Preisauftrieb veränderte sich in den vergangenen Monaten hingegen kaum. Seit Jahresbeginn beträgt die Kerninflation, gemessen am Warenkorb ohne Energiepreise, etwa 1,0%. Zwar haben sich arbeitsintensive Dienstleistungen, in denen der Mindestlohn eine wichtige Rolle spielen dürfte, deutlich stärker als in vergangenen Jahren verteuert (Schaubild 8). Auf die

## 4. Löhne und Preise

Verbraucherpreise insgesamt und den Preisindex für Dienstleistungen schlug dies allerdings nicht durch.<sup>9</sup>

Im Prognosezeitraum dürfte die Teuerung wieder etwas anziehen. Zum einen wird der Basiseffekt des gesunkenen Rohölpreises auslaufen. Im August lagen die in Dollar notierten Rohölpreise um 54% unter dem Vorjahreswert, die Verbraucherpreise für Energie um 6,2%. Zum Jahresende dürfte, selbst wenn der Rohölpreis auf dem niedrigen Niveau bleibt, der Preisabstand zum Vorjahr nur noch 25% betragen, und nach der in unserer Prognose getroffenen Annahme zum Rohölpreis im Verlauf des Prognosezeitraums verschwunden sein. Zum anderen dürften die robuste Konjunktur und die daraus resultierende zunehmende Auslastung der gesamtwirtschaftlichen Kapazitäten den binnenwirtschaftlichen Preisauftrieb fördern.

Teuerung  
wird  
anziehen

Alles in allem ist für dieses Jahr eine Inflationsrate von 0,4% zu erwarten. Im kommenden Jahr dürfte sich die Teuerung auf 1,4% beschleunigen. Für die Kerninflation prognostizieren wir eine Rate von 1,2% in diesem und von 1,4% im kommenden Jahr.

## 5. Weiterhin überschüssiger Staatshaushalt

Die Finanzlage des Staates hat sich im Jahr 2014 deutlich verbessert. Erstmals seit 2007 konnte der Staat einen Haushaltsüberschuss erzielen<sup>10</sup>, der sich auf 9 Mrd. € bzw. in Relation zum nominalen BIP auf 0,3% belief (Tabelle 11). Neben den Konsolidierungsanstrengungen ist dies der guten Konjunktur, den „heimlichen“ Steuererhöhungen und den äußerst günstigen Refinanzierungskonditionen des deutschen Staates zu verdanken. Der Überschuss wäre noch höher ausgefallen, hätten nicht zwei Urteile des Bundesfinanzhofes Erstattungsansprüche bei der Körperschaft- und der

Staatshaushalt  
erstmals seit  
2007 mit  
Überschuss

<sup>9</sup> Ein weiterer wirtschaftspolitischer Eingriff mit potenziellen Auswirkungen auf die Inflationsrate ist die gesetzliche Regelung, dass die Courtage von Immobilienmaklern bei der Vermittlung von Mietwohnungen künftig von deren Auftraggeber und nicht mehr wie bisher von den Mietern zu tragen ist. Dadurch ging im Juni der Teilindex „Maklergebühren für Miete von Wohnung oder Haus“ im Verbraucherpreisindex um 50% gegenüber dem Vormonat zurück. Das Gewicht dieses Teilindex im Warenkorb ist mit 0,074% allerdings so gering, dass kaum ein Effekt auf die Inflationsrate insgesamt festzustellen ist.

<sup>10</sup> Im Vergleich zu den im Frühjahr 2015 vorgelegten Ergebnissen der VGR stellt sich die Finanzlage des Staates nun weniger günstig dar. Im Frühjahr waren für die vergangenen drei Jahre Budgetüberschüsse ausgewiesen, und zwar in Höhe von 2,6 Mrd. € (2012), 4,1 Mrd. € (2013) und 18 Mrd. € (2014). Entscheidend für die Verschlechterung der staatlichen Finanzierungssalden sind konzeptionelle Änderungen in den VGR; so werden die Staatsausgaben, insbesondere die geleisteten Vermögensübertragungen, deutlich, die Staatseinnahmen geringfügig höher ausgewiesen.

## Die wirtschaftliche Entwicklung im Inland

**Tabelle 11**

### Ausgewählte finanzwirtschaftliche Indikatoren<sup>1</sup>

1991 bis 2016; in % des nominalen BIP

	Staatseinnahmen darunter:			Staatsausgaben darunter:			Finanzierungs- saldo	
	Insgesamt	Steuern	Nettosozialbeiträge	Insgesamt	Vermögenseinkommen	Monetäre Sozialleistungen		Bruttoinvestitionen
1991	43,2	22,0	16,3	46,4	2,6	14,9	3,1	-3,2
1992	44,6	22,4	16,7	47,2	3,1	15,6	3,3	-2,6
1993	44,9	22,3	17,2	48,0	3,1	16,6	3,1	-3,1
1994	45,4	22,4	17,7	47,9	3,2	16,8	2,9	-2,5
1995	45,2	22,0	18,1	54,7	3,4	17,2	2,6	-9,4
1996	45,4	21,8	18,7	48,9	3,4	17,9	2,5	-3,5
1997	45,1	21,5	19,0	48,1	3,3	18,0	2,3	-2,9
1998	45,2	21,9	18,7	47,7	3,3	17,7	2,3	-2,5
1999	46,0	22,9	18,5	47,7	3,0	17,9	2,3	-1,7
2000	45,6	23,2	18,1	44,7	3,1	17,4	2,3	0,9
2001	43,8	21,4	17,8	46,9	3,0	17,6	2,3	-3,1
2002	43,3	21,0	17,8	47,3	2,9	18,0	2,2	-3,9
2003	43,6	21,1	18,0	47,8	2,9	18,4	2,1	-4,2
2004	42,6	20,6	17,6	46,3	2,8	18,1	1,9	-3,7
2005	42,8	20,8	17,4	46,2	2,7	17,9	1,9	-3,4
2006	43,0	21,6	16,9	44,7	2,7	17,1	2,0	-1,7
2007	43,0	22,4	16,1	42,8	2,7	16,0	1,9	0,2
2008	43,4	22,7	16,1	43,6	2,7	15,8	2,1	-0,2
2009	44,3	22,4	16,9	47,6	2,6	17,3	2,4	-3,2
2010	43,0	21,4	16,5	47,3	2,5	16,7	2,3	-4,2
2011	43,8	22,0	16,4	44,7	2,5	15,7	2,3	-1,0
2012	44,4	22,5	16,5	44,4	2,3	15,6	2,3	-0,1
2013	44,4	22,6	16,5	44,5	2,0	15,5	2,3	-0,1
2014	44,6	22,6	16,5	44,3	1,8	15,5	2,2	0,3
2015 <sup>p</sup>	44,5	22,7	16,5	43,9	1,6	15,6	2,1	0,6
2016 <sup>p</sup>	44,3	22,6	16,5	44,1	1,5	15,7	2,1	0,3

Eigene Berechnungen nach Angaben des Statistischen Bundesamtes. – <sup>1</sup>In der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen. – <sup>p</sup>Eigene Prognosen.

Gewerbesteuer nach sich gezogen (Landtag von Baden-Württemberg 2015), die sich (einschließlich der Zinsen) auf etwa 6 Mrd. € (0,2% in Relation zum BIP) belaufen und in der VGR als Vermögensübertragungen gebucht werden.

Die Steuereinnahmen dürften in diesem Jahr voraussichtlich um 4,1% expandieren. Die Lohnsteuereinnahmen nehmen mit 6,2% kräftig zu, da die Beschäftigung weiter, wenn auch abgeschwächt, steigt und die Bruttolöhne und -gehälter je Arbeitnehmer merklich zulegen; aufkommensmindernd schlägt hingegen die Anhebung des

## 5. Öffentliche Finanzen

**Tabelle 12**

### Änderungen von Steuern, Sozialabgaben und Staatsausgaben durch diskretionäre Maßnahmen<sup>1</sup>

Haushaltsbelastungen (-) und Haushaltsentlastungen (+) gegenüber 2014 in Mrd. €

	2015	2016
<b>Einnahmen der Gebietskörperschaften<sup>2</sup></b>		
Gesetz zur Anhebung des Grundfreibetrags, des Kinderfreibetrags, des Kindergeldes und des Kinderzuschlags	-0,8	-5,5
Anhebung der Tabaksteuersätze	0,2	0,2
Alterseinkünftegesetz	-1,1	-2,2
Sonstige steuerliche Maßnahmen	-0,6	-0,6
Mautgebühren: Ausweitung der Strecken und der Lkw-Klassen	0,1	0,4
<b>Einnahmen der Sozialversicherung</b>		
Erhöhung des Beitragssatzes zur sozialen Pflegeversicherung zum 1.1.2015 um 0,3 Prozentpunkte	3,8	3,9
Beitragssatz zur gesetzlichen Rentenversicherung: Senkung zum 1.1.2015 um 0,2 Prozentpunkte und zum 1.1.2016 um 0,1 Prozentpunkte	-2,1	-3,2
Zusatzbeitrags zur gesetzlichen Krankenversicherung: Senkung im Jahr 2015 um durchschnittlich 0,1 Prozentpunkt und Erhöhung im Jahr 2016 um durchschnittlich 0,1 Prozentpunkt	-1,2	-
<b>Ausgaben der Gebietskörperschaften</b>		
Zusätzliche investive Ausgaben des Bundes	-1,5	-3,0
Zusätzliche investive Ausgaben finanzschwacher Kommunen aufgrund der Förderung des Bundes	-	-0,8
Rentenpaket 2014 <sup>3</sup>	-6,2	-6,4
Betreuungsgeld	-0,5	-0,5
Aufstockung der BAföG-Leistungen	-	-0,1
Schrittweise Abschaffung der Eigenheimzulage	0,1	0,2
<b>Ausgaben der Sozialversicherung</b>		
Gesetz zur Neuausrichtung der Pflegeversicherung	-0,7	-0,9
Ausweitung der Pflegeleistungen (erstes Pflegeverstärkungsgesetz)	-2,4	-2,4
GKV-Versorgungsstärkungsgesetz	-0,3	-0,4
<b>Insgesamt</b>	<b>-13,2</b>	<b>-21,5</b>
In Relation zum nominalen BIP	-0,4%	-0,7%

Berechnungen des RWI nach Angaben des Bundesministerium der Finanzen. - <sup>1</sup>Ohne makroökonomische Rückwirkungen. - <sup>2</sup>Die Wirkungen der Steuerrechtänderungen sind auf das Kassenjahr bezogen. - <sup>3</sup>„Mütterrente“, abschlagsfreier Renteneintritt für 63-jährige mit 45 Beitragsjahren, Lebensleistungsrente.

Grund- und des Kinderfreibetrags bei der Einkommensteuer sowie die zunehmende steuerliche Freistellung von Altersvorsorgeaufwendungen zu Buche (Tabelle 12). Die gewinnabhängigen Steuern legen dank des kräftigen Anstiegs der Unternehmens-

## Die wirtschaftliche Entwicklung im Inland

und Vermögenseinkommen ebenfalls schwungvoll zu. Die Produktions- und Importabgaben erhöhen sich hingegen nur um 2,7%. Zwar wird die Mehrwertsteuer – die aufkommensstärkste indirekte Steuer – weiterhin mit reichlich 3% steigen, doch werden die übrigen, mengenbasierten Verbrauchsteuern sich nur schwach entwickeln.

Zunahme der  
Beschäftigung  
lässt Staats-  
einnahmen  
steigen

Die Einnahmen des Staates aus Sozialbeiträgen dürften in diesem Jahr um 3,7% zunehmen. Ausschlaggebend hierfür ist die anhaltend günstige Beschäftigungs- und Entgeltentwicklung. Der kumulierte Beitragssatz der Sozialversicherung bleibt per saldo unverändert. Zwar wurde zu Jahresbeginn der Beitragssatz zur Pflegeversicherung um 0,3%-Punkte angehoben, doch wurde der Beitragssatz zur Rentenversicherung um 0,2%-Punkte gesenkt; zudem ist der durchschnittliche Beitrag zur Krankenversicherung um 0,1%-Punkt gesunken.<sup>11</sup>

Die Vermögenseinkommen des Staates werden in diesem Jahr kräftig sinken, insbesondere weil die Deutsche Bundesbank wegen der Niedrigzinsen einen deutlich geringeren Gewinn an den Bund abführte als im vergangenen Jahr. Auch die empfangenen Vermögenstransfers werden geringer ausfallen als im Vorjahr, in dem sie durch hohe Vorzieheffekte bei der Erbschaftsteuer deutlich überzeichnet waren.<sup>12</sup> Die Einnahmen des Staates aus Verkäufen dürften hingegen stärker zunehmen; so werden höhere Mauteinnahmen anfallen, da Mitte des laufenden Jahres weitere Bundesstraßen und im Herbst weitere Lkw-Typen mautpflichtig werden. Alles in allem werden die Staatseinnahmen in diesem Jahr wohl um 3,5% zulegen, nach 3,8% im Vorjahr.

Steuersenkungen  
dämpfen 2016  
Anstieg der  
Steuereinnahmen

Im Jahr 2016 dürfte sich der Anstieg der Staatseinnahmen auf 2,9% abflachen. Das Steueraufkommen wird voraussichtlich ebenfalls um 2,9% zulegen. Die im Vergleich zum Vorjahr geringere Zunahme beruht darauf, dass die Bruttolöhne und -gehälter langsamer steigen und dass die Steuern nochmals gesenkt werden. Neben einer weiteren Anhebung des Grund- und des Kinderfreibetrags werden die übrigen Eckwerte

<sup>11</sup> Seit dem 1. Januar 2015 gilt in der gesetzlichen Krankenversicherung ein einheitlicher, paritätisch finanzierter Beitragssatz von 14,6%. Gleichzeitig wurde der ausschließlich von den Krankenkassenmitgliedern zu tragende Beitragssatzanteil von 0,9% abgeschafft. Die aus letzterem resultierende Finanzierungslücke wird durch die von den Mitgliedern aufzubringenden Zusatzbeiträge gedeckt, die sich in diesem Jahr auf durchschnittlich 0,8% belaufen.

<sup>12</sup> Im Jahr 2014 waren viele Schenkungen vorgezogen worden. Damit wollte man einer höheren Steuerbelastung beim Übergang von Betriebsvermögen entgehen, die aufgrund eines vor dem Bundesverfassungsgericht anhängigen Verfahrens zu erwarten war. Am 17. Dezember 2014 entschied das Bundesverfassungsgericht, dass die erbschaftsteuerliche Begünstigung von Unternehmensvermögen gegen das Grundrecht der steuerlichen Belastungsgleichheit verstößt und deshalb verfassungswidrig ist. Bis zum 30. Juni 2016 hat der Gesetzgeber Zeit, um das Erbschaftsteuerrecht neu zu regeln; bis dahin gelten die bisherigen Regeln.

## 5. Öffentliche Finanzen

des Einkommensteuertarifs zu Beginn des kommenden Jahres nach rechts verschoben, um die in den Jahren 2014 und 2015 entstandene kalte Progression abzubauen; zudem werden weitere Altersvorsorgeaufwendungen steuerlich freigestellt. Aufgrund der langsamer steigenden Lohnsumme dürften die Beitragseinnahmen der Sozialversicherung lediglich um 3,2% zunehmen. Dabei wird von einer insgesamt konstanten Sozialabgabenbelastung ausgegangen. Zwar wird ein um 0,1%-Punkt niedrigerer Beitragssatz zur Rentenversicherung erwartet, da ansonsten deren Rücklagen bis zum Jahresende die gesetzliche Obergrenze von 1,5 Monatsausgaben übersteigen dürften. Allerdings dürfte die durchschnittliche Belastung durch Krankenkassenbeiträge im Verlauf des Jahres leicht steigen, da einige Krankenkassen zur Finanzierung ihrer Ausgaben die Zusatzbeiträge voraussichtlich anheben.

Die Staatsausgaben dürften im Jahr 2015 um 2,7% zunehmen, nach 2,8% im Vorjahr. Ausschlaggebend für den verlangsamten Anstieg sind zwei Sondereffekte: Zum einen erbrachte die Versteigerung der Frequenznutzungsrechte beim Bund und bei den Ländern Einmal Erlöse von 4,4 Mrd. € bzw. 0,6 Mrd. €, die in den VGR ausgabenmindernd gebucht werden<sup>13</sup>; zum anderen war das Ausgabenniveau im Vorjahr durch Buchung der finanziellen Auswirkungen von zwei Urteilen des Bundesfinanzhofes um rund 6 Mrd. € überzeichnet; ohne diese beiden Sondereffekte hätte der Zuwachs 3,6% betragen. Entlastend wirkt weiter, dass die Zinsausgaben stark sinken, da der Staat bei der Refinanzierung fälliger Schuldtitel weiterhin von einem sehr niedrigen Zinsniveau profitiert und sich die Verbindlichkeiten der Abwicklungsanstalten verringern.

Die Vorleistungen des Staates werden um 3,8% und damit merklich stärker zulegen als im Vorjahr (2,6%). Zum einen lässt mit der sich bessernden Finanzlage der Konsolidierungsdruck nach, zum anderen entstehen aufgrund des hohen Zustroms von Asylsuchenden und Flüchtlingen erhebliche Mehrausgaben für deren Unterbringung. Auch die sozialen Sachleistungen werden mit 5,6% kräftig expandieren, da die Leistungen der Pflegeversicherung insbesondere durch das erste Pflegestärkungsgesetz ausgeweitet wurden; zudem machen sich auch hier zusätzliche Ausgaben für die Versorgung von Asylbewerbern und Flüchtlingen bemerkbar. Schließlich nehmen auch die monetären Sozialleistungen mit 4,6% beschleunigt zu. Zwar werden die Ausgaben für Arbeitslosengeld sinken, da die Zahl der Arbeitslosen weiter abnimmt, doch nehmen die Ausgaben für Arbeitsförderung und Hartz-IV-Leistungen deutlich zu, da die Zahl der anerkannten Asylbewerber, die Anspruch auf diese Leistungen haben, beträchtlich steigen wird. Vor allem aber entfalten die Mitte des vergangenen Jahres

Weitere  
Haushaltseinsparungen  
durch niedriges  
Zinsniveau

Steigende  
Ausgaben für  
Flüchtlinge und  
Asylbewerber

<sup>13</sup> In den VGR werden der Erwerb und der Verkauf von nichtfinanziellen Vermögensgegenständen saldiert und auf der Ausgabenseite gebucht; die Erlöse aus der Versteigerung der Mobilfunkfrequenzen mindern mithin die Staatsausgaben.

## Die wirtschaftliche Entwicklung im Inland

---

in Kraft getretenen Leistungsausweitungen im Bereich der Rentenversicherung (insbesondere die sog. Mütterrente und die abschlagsfreie Rente ab 63 Jahren) erstmals ihre volle Budgetwirkung; zudem wurden die Renten zur Jahresmitte in Westdeutschland mit 2,1% stärker angehoben als im Vorjahr (1,7%); in Ostdeutschland wurden sie abermals um 2,5% erhöht.

Die Bruttoinvestitionen des Staates dürften nach einer schwachen Entwicklung in der ersten Jahreshälfte merklich zulegen, da sich die zusätzlichen Bundesmittel für Kindertagesstätten und Schulen sowie zum Ausbau der Verkehrsinfrastruktur nach und nach in einer erhöhten Investitionstätigkeit niederschlagen. Zudem dürften erste Mittel aus dem Kommunalinvestitionsförderungsfonds abgerufen werden, den der Bund zur Jahresmitte aufgelegt hat, um die Investitionen in finanzschwachen Kommunen zu fördern.

Für 2016 ist eine beschleunigte Zunahme der Staatsausgaben um 3,8% zu erwarten. Ausschlaggebend hierfür ist zum einen, dass ausgabendämpfende Faktoren, wie die Erlöse aus der Versteigerung der Frequenznutzungsrechte, entfallen. Zum anderen werden sich die Einsparerfolge bei der Refinanzierung deutscher Staatsanleihen wohl allmählich verringern. Schließlich dürften die Aufwendungen für die Versorgung, Unterbringung und Integration von Asylsuchenden und Flüchtlingen nochmals steigen. Die staatlichen Bruttoinvestitionen dürften kräftig zulegen, weil die diversen Investitionsprogramme verstärkt genutzt werden und die Bundesregierung die investiven Staatsausgaben weiter aufstockt; so werden in den Jahren 2016 bis 2018 zusätzlich 7 Mrd. € für die Verkehrsinfrastruktur, die digitale Infrastruktur, den Energiebereich, den Klimaschutz und die Städtebauförderung verausgabt.

Die Finanzlage des Staates wird im Prognosezeitraum günstig bleiben. Im laufenden Jahr dürfte der Budgetüberschuss des Staates sogar – begünstigt durch erhebliche Einmalerlöse aus der Versteigerung der Frequenznutzungsrechte – von 9 auf knapp 20 Mrd. € bzw. in Relation zum nominalen BIP von 0,3% auf 0,6% steigen. Für das kommende Jahr ist mit einem geringeren Überschuss von reichlich 8 Mrd. € (0,3% des BIP) zu rechnen, da die Einnahmendynamik abnimmt, die Finanzpolitik weiterhin expansiv ausgerichtet ist und hohe Mehraufwendungen für Asylsuchende und Flüchtlinge anfallen. Aus den Überschüssen resultiert in Verbindung mit dem fortgesetzten Abbau der Portfolios der staatlichen Abwicklungsanstalten und dem Wachstum des nominalen BIP ein merklicher Rückgang der Staatsschuldenquote von 74,4% (2014) auf 68% (2016).

---

Investitionsprogramme werden verstärkt genutzt

---

---

Staatsschuldenquote weiter rückläufig

---

## 6. Zur Wirtschaftspolitik

---

### 6. Zur Wirtschaftspolitik

Die deutsche Konjunktur dürfte ungeachtet des problematischen weltwirtschaftlichen Umfelds aufwärts gerichtet bleiben. Zwar wird der Aufschwung durch außenwirtschaftliche Risiken belastet. Diese führen auch dazu, dass sich exportorientierte Unternehmen mit ihren Investitionen zurückhalten, weshalb sich die, für Aufschwungsphasen ansonsten typische, hohe Investitionsdynamik nicht herausbilden dürfte. Jedoch erscheint die Inlandsnachfrage inzwischen so robust, dass diese die Konjunktur trägt. Die zunehmende Beschäftigung und steigende Reallöhne lassen nicht nur erwarten, dass sich die Kaufkraft der privaten Haushalte weiter verbessert. Sie schlagen sich auch in steigenden Einnahmen bei Steuern und Sozialabgaben nieder, so dass der Staat auch 2015 und 2016 einen Budgetüberschuss erzielen dürfte.

Die von uns prognostizierte Konstellation aus gleichmäßigem Wachstum, stabilem Preisniveau, hohem Beschäftigungsstand und Budgetüberschüssen könnte als Hinweis darauf interpretiert werden, dass die Wirtschaftspolitik alles richtig gemacht hat und es deshalb keinen weiteren Handlungsbedarf gibt. Diese Sicht ist aber nur zum Teil richtig. Zwar erntet Deutschland die Früchte der Arbeitsmarktreformen des vergangenen Jahrzehnts, einer moderaten Lohnpolitik und einer bereits seit längerem auf Konsolidierung ausgerichteten Finanzpolitik. Doch sind die geschilderten Erfolge zum Teil auch glücklichen Umständen geschuldet. So ist ein Gutteil der Budgetüberschüsse den außerordentlich niedrigen Zinsen zu verdanken, aufgrund derer die Zinsausgaben des Staates kräftig gesunken sind. Auch zu dem niedrigen Preisanstieg und der Tatsache, dass die kräftig steigende Beschäftigung nicht mit höheren Kostensteigerungen einherging, haben externe Faktoren beigetragen: Die Inflation war niedrig, weil aufgrund der schwachen Nachfrage in vielen Schwellenländern die Rohstoffpreise sanken und die Lohnstückkosten bei vielen Handelspartnern Deutschlands im Euro-Raum rückläufig waren. Der Beschäftigungsanstieg wurde zum Teil durch den Zuzug von qualifizierten Arbeitnehmern aus den Krisenländern Europas ermöglicht, der Knappheiten am Arbeitsmarkt entgegengewirkte.

Vor diesem Hintergrund besteht das Risiko, dass von der gegenwärtigen Konstellation falsche Signale ausgehen könnten, nämlich dass ausreichend budgetäre Spielräume bestünden, um zusätzliche staatliche Ausgaben zu beschließen, und dass der Arbeitsmarkt so robust wäre, dass ihn neue Regulierungen nicht nennenswert belasten würden. Soweit es den Arbeitsmarkt angeht, war ein flächendeckender Mindestlohn ein zentrales Anliegen der Bundesregierung. Zwar hat die Beschäftigung auch nach dessen Einführung zugenommen, aber nur noch verlangsamt. Insbesondere gab es deutliche Rückgänge bei der geringfügigen Beschäftigung. Zudem wurde der Mindestlohn insofern unter günstigen Rahmenbedingungen eingeführt, als die zeitgleich erheblich sinkenden Energiekosten und niedrige Zinsen wohl vielen Unternehmen

---

Günstige wirtschaftliche Lage zum Teil glücklichen Umständen geschuldet

---

# Die wirtschaftliche Entwicklung im Inland

geholfen haben, höhere Arbeitskosten aufzufangen. Soweit es die Finanzlage des Staates angeht, war diese in der ersten Jahreshälfte zwar noch besser als von uns prognostiziert. Der Überschuss ist aber zu einem großen Teil darauf zurückzuführen, dass der Staat bei der Refinanzierung fälliger Schuldtitel vom sehr niedrigen Zinsniveau profitierte und aus der Versteigerung von Mobilfunkfrequenzen hohe Einmal Erlöse erzielte. Die aus diesen auf Sonderfaktoren resultierenden Einsparungen sind nicht nachhaltig und sollten somit keine Manövriermasse für Ausgabensteigerungen darstellen.

Sparsame  
Haushaltsführung  
schafft Puffer  
für unerwartete  
Herausforderungen

Vielmehr ist weiterhin eine sparsame Haushaltsführung erforderlich, die auf einen effizienten Einsatz der knappen Mittel achtet. Wie wichtig es ist, in wirtschaftlich „normalen Zeiten“ einen Puffer in den staatlichen Haushalten aufzubauen, wird gerade durch die Herausforderungen unterstrichen, die derzeit durch den hohen Zustrom von Asylsuchenden und Flüchtlingen auf Deutschland zukommen. Humanitäre Hilfen für Menschen, die unverschuldet in Not geraten sind, ist eine ethische Verpflichtung, der sich ein reiches Land nicht entziehen darf. Dies ist zweifelsohne mit hohen Kosten verbunden. Die Aufwendungen für Unterbringung, Versorgung und Integration können sich durchaus in einer Größenordnung von 10 Mrd. € bewegen, und sie dürften 2016 nochmals höher liegen, selbst wenn der Zustrom abebbt, da der Bestand an Asylsuchenden über das Jahr hinweg höher sein wird als 2015.

Zuwanderung  
bietet Chancen  
auf höheres  
Wachstum

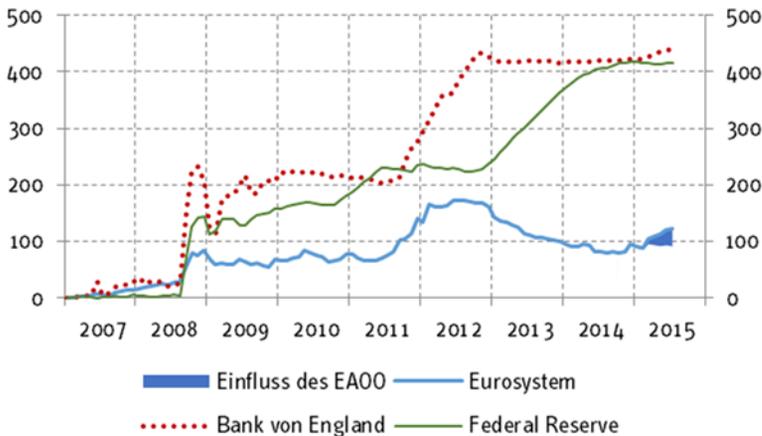
Allerdings dürfte es sich um vorübergehende Aufwendungen handeln. In dem Maße, in dem es gelingt, Migranten in den Arbeitsmarkt zu integrieren, nimmt ihre Abhängigkeit von staatlicher Hilfe ab und sie tragen zur deutschen Wertschöpfung bei. Bereits kurzfristig sind die Beschäftigungschancen der Migranten angesichts der hohen Zahl offener Stellen nicht schlecht. Dies gilt erst recht für die mittlere bis längere Sicht, für die sich aufgrund der demografischen Entwicklung Knappheit an Arbeitskräften abzeichnet. In dem Maße, in dem Engpässe auf dem deutschen Arbeitsmarkt beseitigt werden können, dürfte sich die Zuwanderung sogar positiv auf das Wachstum hierzulande auswirken. Insofern müssen die Zuwanderer auch als Chance begriffen werden.

## 6.1 Weiterhin sehr expansiv ausgerichtete Geldpolitik

Im vergangenen halben Jahr hat die EZB die expansive Ausrichtung ihrer Geldpolitik beibehalten. Den Zins für Hauptrefinanzierungsgeschäfte beließ sie bei 0,05%, die Sätze der Einlage- und der Spitzenrefinanzierungsfazilität bei -0,20% bzw. 0,30%. Die Wertpapierkäufe im Rahmen des erweiterten Programms zum Ankauf von Vermögenswerten (*Extended Asset Purchase Programme*, EAPP) wurden wie angekündigt durchgeführt.

## 6. Zur Wirtschaftspolitik

**Schaubild 9**  
**Bilanzsummen ausgewählter Zentralbanken**  
2007 bis 2015; Januar 2007 = 100



Eigene Berechnungen nach Angaben der EZB, der Fed und der Bank of England.

Das EAPP ist eine Kombination von drei Programmen. Es besteht aus Programmen zum Ankauf von gedeckten Schuldverschreibungen (CBPP3), von *Asset Backed Securities* (ABSPP) und von Wertpapieren des öffentlichen Sektors (PSPP). Seit März 2015, dem Beginn des PSPP, wurden monatlich Ankäufe im Umfang von reichlich 60 Mrd. € getätigt.<sup>14</sup> Der mit Abstand größte Teil der Käufe entfällt auf Papiere des öffentlichen Sektors. Im Juli machten diese etwa 51 Mrd. € aus (84% des Ankaufvolumens). Gedeckte Schuldverschreibungen wurden im Wert von etwa 9 Mrd. € und *Asset Backed Securities* im Wert von 1 Mrd. € gekauft. Aufgrund des hohen Anteils öffentlicher Anleihen machen diese, obwohl das PSPP später startete als das CBPP3 und das ABSPP, mit knapp 250 Mrd. € mittlerweile den größten Teil der gehaltenen Papiere aus.

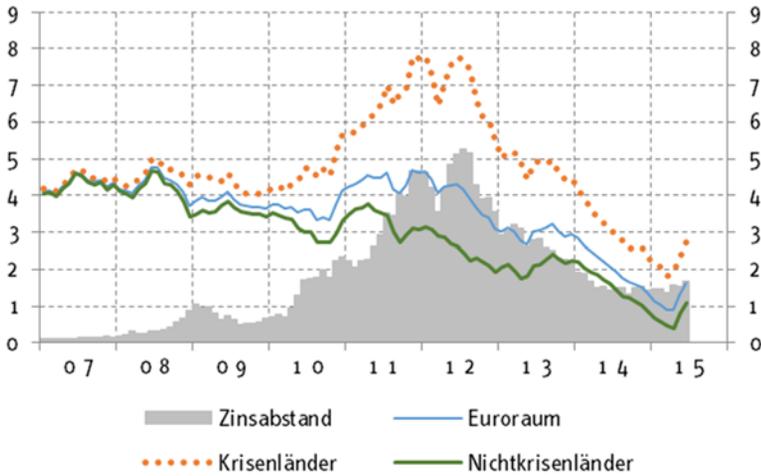
Insgesamt ging der Ankauf von Wertpapieren im Rahmen des EAPP mit einer kräftigen Ausweitung der Bilanz des Eurosystems einher (Schaubild 9). Eine deutliche Substitution der durch das EAPP ins Finanzsystem injizierten Liquidität, etwa durch einen spürbaren Rückgang der Volumina der Haupt- und längerfristigen Refinanzierungsgeschäfte, ist bisher jedoch nicht zu beobachten. Zwischen März und August 2015 nahmen die Volumina dieser Geschäfte ebenfalls zu, und zwar um 49 Mrd. € bzw. 10%, maßgeblich wohl durch die gezielten Refinanzierungsgeschäfte getrieben.

Ankaufprogramme  
verlängern  
Bilanz der EZB

<sup>14</sup> Den leicht erhöhten Volumina im Mai und Juni dürften leicht geringere Ankaufvolumina in den Monaten mit urlaubsbedingt schwächerer Wirtschaftsaktivität folgen (EZB 2015a).

# Die wirtschaftliche Entwicklung im Inland

**Schaubild 10**  
**Zinsen zehnjähriger Staatsanleihen im Euro-Raum**  
2007 bis 2015; in % bzw. Prozentpunkten



Nach Angaben der EZB

Eine Ursache dafür, dass die Anleihekäufe zu einer Verlängerung der Zentralbankbilanz geführt haben, dürfte die weiterhin heterogene Situation der Banken in den Ländern des Euro-Raums sein. Da im Rahmen des Programms Anleihen entsprechend dem Kapitalschlüssel der Euro-Raum-Länder gekauft werden und Papiere von Programm-Ländern vom Ankauf ausgeschlossen sind, dürften, im Vergleich zum *Securities Market Programme*, die gekauften Papiere im Durchschnitt eine höhere Qualität aufweisen. Banken ohne Kapitalmarktzugang dürften solche Papiere aber kaum noch ungenutzt in ihren Portfolios halten. Banken mit Liquiditätsdefizit hätten solche Papiere im Rahmen früherer Geschäfte mit der Zentralbank oder am Kapitalmarkt bereits in Liquidität umwandeln können, um diesem Defizit entgegenzuwirken. Dass griechische Banken wohl kaum durch die Anleihekäufe des Eurosystems ihre Liquiditätsprobleme, welche sich aufgrund des Kapitalabzugs in den vergangenen Monaten deutlich vergrößert haben dürften, verringern konnten, spiegelt deren zuletzt deutlich gestiegene Abhängigkeit von Zentralbankliquidität – auch im Rahmen von *Emergency Liquidity Assistance* (ELA) – wider. In den anderen Krisenländern hat

Weiterhin  
heterogene  
Lage der  
Banken im  
Euro-Raum

## 6. Zur Wirtschaftspolitik

sich der Anteil der Verbindlichkeiten der Geschäftsbanken gegenüber dem Eurosystem hingegen verringert.<sup>15</sup>

Die zusätzliche Bereitstellung von Zentralbankliquidität ging mit einem Rückgang der gehandelten Volumina am Interbankengeldmarkt einher. Das Volumen der Übernachteinlagen reduzierte sich zwischen Februar, dem Monat vor Beginn des PSPP, und August um etwa 12 Mrd. €, was einem Rückgang um etwa 47% entspricht.<sup>16</sup> Die Zinsen für unbesicherte Übernachteinlagen sind dennoch unverändert niedrig, sie sanken seit Februar bei dreimonatigen Ausleihungen sogar marginal. Für Laufzeiten von bis zu drei Monaten sind die Zinsen nun negativ.

An den Kapitalmärkten ist die Zinsentwicklung hingegen gegenläufig. Zwar befinden sich auch die Kapitalmarktrenditen auf einem immer noch historisch niedrigen Niveau. Jedoch sind die Renditen seit Februar, trotz PSPP, wieder gestiegen. Papiere der Länder des Euro-Raums mit zehnjähriger Restlaufzeit rentierten im Juni durchschnittlich mit 1,6%, was einem Anstieg seit Februar um 60 Basispunkte entspricht (Schaubild 10). Hierbei sind die Papiere der Krisenländer in ähnlichem Umfang betroffen wie die des übrigen Euro-Raums. Der Zinsabstand zwischen den beiden Ländergruppen hat sich in den vergangenen Monaten nur wenig ausgeweitet, um knapp 20 Basispunkte. Für private Anleihen lässt sich eine ähnliche Entwicklung feststellen.

Am Kreditmarkt ist hingegen bisher kein Anstieg der Finanzierungskosten festzustellen. Im Gegenteil, Zinsen für Kredite an nichtfinanzielle Unternehmen und Konsumentenkredite sind bis zuletzt zurückgegangen, wenn auch nur leicht um etwa 0,1% bzw. 0,3% bis Juli (Schaubild 11). Die Kosten für Wohnungsbaukredite befanden sich zuletzt auf ähnlichem Niveau wie im Februar. Angesichts der nach wie vor günstigen Finanzierungskosten scheint sich in den vergangenen Monaten auch die Kreditvergabe wieder belebt zu haben. Im Dreimonatsvergleich hatte das Kreditvolumen im Dezember 2014 erstmals seit November 2011 wieder zugenommen. Seitdem beschleunigte sich der Anstieg auf annualisiert 2,0% im Juli. Auch die Ausweitung der Kredite an private Haushalte gewann im vergangenen halben Jahr an Dynamik; zuletzt pendelte sie sich im Dreimonatsvergleich bei Raten in Höhe von annualisiert 3,0% ein.

Renditen von  
Staatsanleihen  
wieder leicht  
gestiegen ...

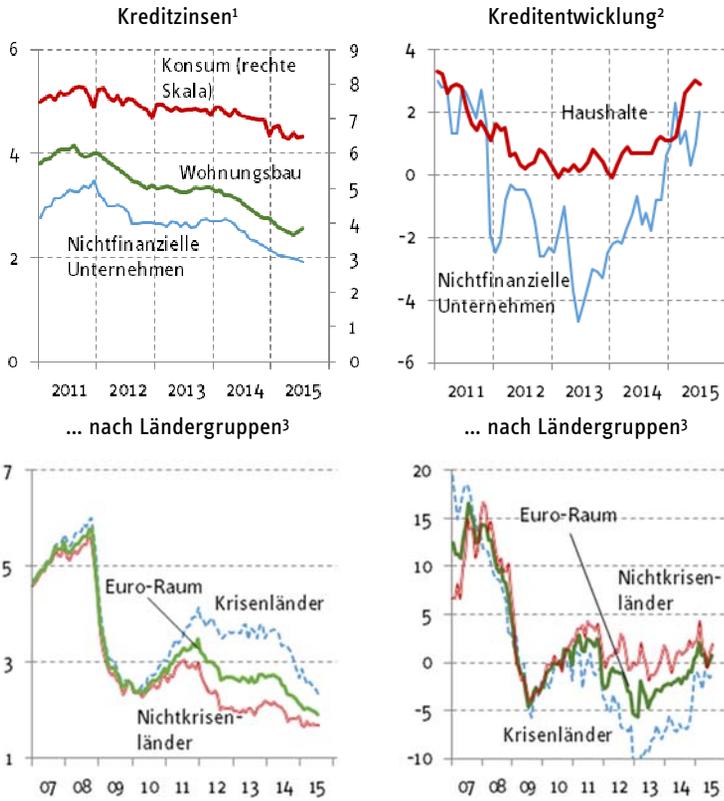
... aber  
Finanzierungs-  
kosten weiter  
niedrig

<sup>15</sup> So ist auch die Abhängigkeit zyprischer Banken bis Mai deutlich zurückgegangen, obwohl die Käufe zyprischer Anleihen im Rahmen des PSPP aufgrund der ausstehenden Bewertung des Anpassungsprogramms erst im Juli dieses Jahres begonnen haben.

<sup>16</sup> Zwar sind die gehandelten Volumina in den Urlaubsmonaten erfahrungsgemäß stets etwas niedriger, allerdings übersteigt der Rückgang in diesem Jahr die Saisonalität der vergangenen Jahre.

# Die wirtschaftliche Entwicklung im Inland

**Schaubild 10**  
**Kreditzinsen und Kreditentwicklung im Euro-Raum**  
 2007 bis 2015; in %



Eigene Berechnungen nach Angaben der EZB. – <sup>1</sup>Ausschließlich revolvingender Kredite und Überziehungskredit; Zinsen im Neugeschäft. – <sup>2</sup>Um Verkäufe und Verbriefungen bereinigt, annualisierte Dreimonatsrate. – <sup>3</sup>Annualisierte Vormonatsrate; Krisenländer ausschließlich Griechenland

Bei alledem haben sich die Unterschiede zwischen Krisen- und Nichtkrisenländern<sup>17</sup> etwas zurückgebildet. Betrag der Zinsabstand bei Krediten an nichtfinanzielle Unternehmen im Februar noch 1,1%-Punkte, so reduzierte er sich bis Juli auf 65 Basispunkte (Schaubild 11). Auch die Unterschiede in der Veränderung der Kreditvolumina an diese Unternehmen nahmen in den vergangenen Monaten tendenziell ab. Zwar

<sup>17</sup> Bei der Betrachtung der Kreditentwicklung ist Griechenland aufgrund fehlender Informationen zu Kreditzinsen nicht in der Gruppe der Krisenländer.

## 6. Zur Wirtschaftspolitik

---

gingen diese in den Krisenländern im Durchschnitt der vergangenen drei Monate immer noch zurück, allerdings deutlich weniger als in der Vergangenheit. Diese Entwicklung passt zu den Ergebnissen des *Bank Lending Survey*, wonach Institute aus Portugal und Italien zuletzt berichteten, ihre Vergabestandards für Unternehmens- und Wohnungsbaukredite deutlich gelockert zu haben.

Für die Geldpolitik wirft der zuletzt beobachtete Anstieg der Kapitalmarktrenditen, der als „Bund Tantrum“ bezeichnet wird, da insbesondere deutsche Staatsanleihen betroffen waren, die Frage nach dessen Ursachen auf. Spiegeln diese einen Anstieg der Inflationserwartungen oder die Erwartung eines restriktiveren Zinspfades wider, oder sind die Anstiege marktspezifischen Veränderungen geschuldet? Die EZB legt sich hinsichtlich ihrer Bewertung nicht fest (EZB 2015b). Jedoch hatte die EZB in den vergangenen Monaten keine Signale einer Straffung der geldpolitischen Ausrichtung gesendet. Im Gegenteil, die Renditen zogen genau in den Monaten an, in denen, wengleich saisonbedingt, das Ankaufvolumen des EAPP besonders hoch war. Dies weckt, gegeben die unterschiedlichen empirischen Befunde bezüglich der Wirksamkeit von Wertpapierkäufen durch die Zentralbank (Döhrn et al 2015: 86-93), zumindest Zweifel an der Wirksamkeit des Programms.

Zum anderen stellt sich die Frage, inwieweit sich die gestiegenen Kapitalmarktzinsen auf die Kreditzinsen und die Konjunktur im Euro-Raum übertragen. Sollte die Weitergabe des niedrigen Leitzinsniveaus an den privaten Sektor immer noch gestört sein, etwa weil in vielen Ländern Papiere zweifelhafter Werthaltigkeit nach wie vor die Bankbilanzen erheblich belasten und deshalb die Kreditvergabe in diesen Ländern hemmen, könnte eine Aufhellung der konjunkturellen Perspektiven dennoch mit sinkenden Kosten der Kreditfinanzierung einhergehen. Der Anteil zweifelhafter Kredite, für die noch keine Risikovorsorge getroffen wurde, an der Fremdkapitalfinanzierung zeigt, dass insbesondere in Spanien und Portugal die zu erwartenden Belastungen der Bankbilanzen zuletzt leicht abgenommen haben. Dies spräche dafür, dass sich in diesen Ländern die geldpolitische Transmission verbessert und daher die Kreditzinsen weiter sinken könnten (Schaubild 12). Da zum jetzigen Zeitpunkt schwer zu sagen ist, was die Gründe für den Anstieg der längerfristigen Kapitalmarktzinsen sind, sollte die Entwicklung der monetären Rahmenbedingungen in den kommenden Monaten besonders genau im Auge behalten werden.

Insgesamt hat sich die konjunkturelle Lage im Euro-Raum in den vergangenen Monaten verbessert. Die Beschäftigung ist gestiegen, die Arbeitslosigkeit war rückläufig, die gesamtwirtschaftliche Produktion wurde ausgeweitet, und die Kapazitätsauslastung dürfte gestiegen sein. Hierfür spricht auch die im ersten Halbjahr anziehende

---

Geldpolitische  
Transmission  
verbessert

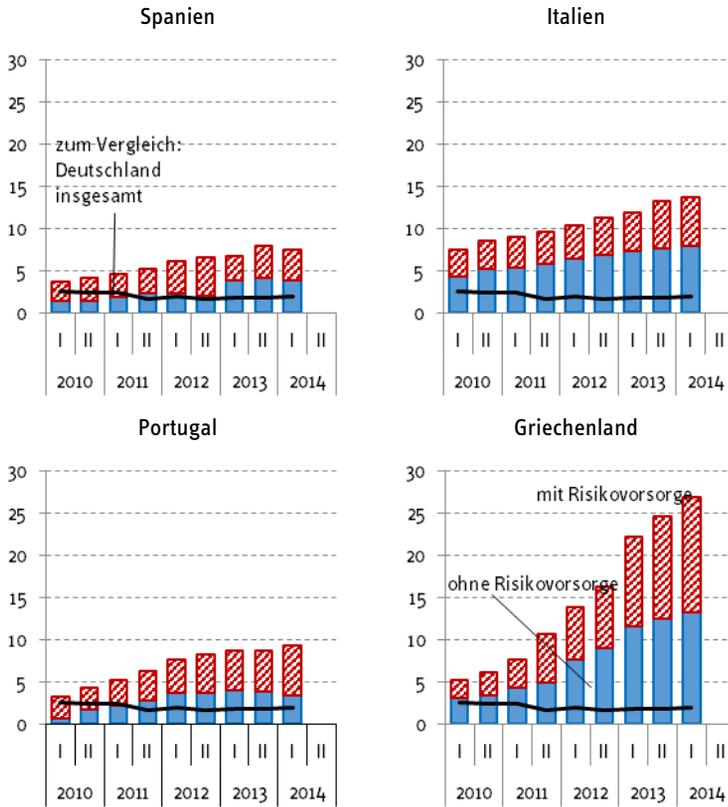
---

# Die wirtschaftliche Entwicklung im Inland

**Schaubild 12**

**Zweifelhafte Kredite in ausgewählten Ländern des Euro-Raums**

2011 bis 2014; Anteil an der Fremdkapitalfinanzierung in %



Nach Angaben der EZB.

Kerninflation. Der zuletzt nur sehr geringe Auftrieb bei den Verbraucherpreisen ist in erster Linie gesunkenen Ölpreisnotierungen und damit einhergehend rückläufigen Energiepreisen geschuldet. Diese dürften jedoch die Konjunktur nicht belasten. Im Gegenteil: der damit verbundene Realeinkommenseffekt stimuliert die gesamtwirtschaftliche Nachfrage und erhöht so für sich genommen die Kapazitätsauslastung, womit die mittelfristige Inflationserwartung steigen dürfte. Letztere scheint zudem nach wie vor bei 2,0% verankert zu sein, jedenfalls ging sie trotz des zeitweise deutlichen Unterschreitens des Inflationsziels bisher nicht zurück. So lag die erwartete Inflation der am *Survey of Professional Forecasters* teilnehmenden Institutionen für

Mittelfristige  
Inflations-  
erwartungen  
weiter bei 2%  
verankert

## 6. Zur Wirtschaftspolitik

2020 bei 1,9%. Auch marktbasierende Inflationserwartungen für die mittlere Frist haben sich der 2-Prozentmarke wieder angenähert.

Vor diesem Hintergrund dürfte die EZB die Ausrichtung ihrer Geldpolitik unverändert belassen. Der maßgebliche Leitzins dürfte bis zum Ende des Prognosezeitraums bei 0,05% liegen. Die Wertpapierkäufe des Eurosystems dürften wie angekündigt bis mindestens September 2016 fortgeführt werden. Sollten sich die konjunkturelle Situation und die Inflationserwartungen bis dahin nicht deutlich belebt haben, ist auch eine Verlängerung der Wertpapierkäufe nicht unwahrscheinlich.

### 6.2 Wachstumsorientierung der Finanzpolitik stärken

Der Staat erzielte 2014 erstmals seit 2007 einen Haushaltsüberschuss. Neben den Konsolidierungsanstrengungen, der guten Konjunktur und der steigenden Beschäftigung war dies zu einem großen Teil den Ersparnissen beim Schuldendienst aufgrund des historisch niedrigen Zinsniveaus zu danken, aber auch den Einnahmen aus der kalten Progression. Im Prognosezeitraum dürfte der Staat weiterhin Budgetüberschüsse erzielen, auch wenn die Finanzpolitik leicht expansiv ausgerichtet sein wird und aus dem hohen Zustrom von Asylsuchenden und Flüchtlingen erhebliche Mehrausgaben resultieren.

In den vergangenen Jahren wurden die sich abzeichnenden budgetären Spielräume vorrangig zur Steigerung der Ausgaben verwendet. Zum einen wurden die Mittel für investive Ausgaben wiederholt aufgestockt. Zum anderen wurden die Überschüsse der Rentenversicherung zur Finanzierung des Rentenpakets eingesetzt statt die Abgabenlast zu senken. Künftig sollten Maßnahmen Priorität haben, die das Abgabensystem leistungsfreundlicher gestalten und die im internationalen Vergleich hohe Abgabenbelastung des Faktors Arbeit, die sich negativ auf den Arbeitseinsatz auswirkt, senken, zumal der demografische Wandel spätestens ab den 2020er Jahren die sozialen Sicherungssysteme immer stärker belasten und die Wachstumsperspektiven mindern wird.<sup>18</sup>

Haushalts-  
überschüsse  
vorwiegend  
konsumtiv  
genutzt

Handlungsbedarf gibt es nach wie vor auf drei Feldern, die wir in früheren Konjunkturberichten mehrfach angesprochen haben:

- fi Die Kalte Progression sollte vollständig abgebaut werden. Die in diesem Jahre beschlossenen Änderungen des Einkommensteuertarifs weisen zwar in die richtige Richtung. Insbesondere sollen im Jahr 2016 die Eckpunkte des Einkommensteuertarifs im Ausmaß der kumulierten Inflationsrate der Jahre 2014 und 2015

<sup>18</sup> Zu den Auswirkungen des demografischen Wandels auf die Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen vgl. SVR 2014: TZ 570-589.

## Die wirtschaftliche Entwicklung im Inland

Reformbedarf  
beim Einkommen-  
steuertarif ...

nach rechts verschoben. Damit werden die in diesen Jahren aufgelaufenen Mehrbelastungen aus der kalten Progression an die Steuerpflichtigen zurückgegeben. Allerdings sind auch von 2010 und 2013 „heimliche Steuererhöhungen“ aufgelaufen, die etwa 10 Mrd. € ausmachen dürften (Breidenbach et al. 2014). Insofern wird die kalte Progression nicht systematisch abgebaut, wie von der Politik angekündigt (BMF 2015).

**fi** Reformbedarf resultiert auch aus dem wenig leistungsfreundlichen Tarifverlauf. So steigen die Grenzsteuersätze bei kleinen und mittleren Einkommen stärker als bei hohen Einkommen und der Spitzensteuersatz greift – sieht man von der Reichensteuer ab – bereits bei mittleren Einkommen.<sup>19</sup> Bei einem leistungsfreundlichen Steuertarif sollten die Grenzsteuersätze bei geringen Einkommen weniger stark steigen und der Spitzensteuersatz tatsächlich erst bei Spitzeneinkommen greifen. Eine dies umsetzende Reform wäre indes mit hohen Mindereinnahmen verbunden. Allein die Beseitigung des so genannten „Mittelstandsbauchs“ durch einen Tarif mit einem durchgehend linearen Anstieg der Grenzbelastung dürfte selbst dann mit Mindereinnahmen in einer Größenordnung von 20 Mrd. € einhergehen, wenn die Einkommensgrenze für den Spitzensteuersatz unverändert bleibt. Eine Anhebung dieser Einkommensgrenze mit entsprechender Anpassung des Tarifverlaufs wäre mit noch höheren Mindereinnahmen verbunden.

**fi** Reformbedarf besteht auch bei den Sozialabgaben, die nicht zuletzt deshalb so hoch sind, weil die steuerfinanzierten Zuschüsse des Bundes an die Sozialversicherungszweige nicht ausreichen, um die vom Staat zugewiesenen versicherungsfremden Leistungen zu finanzieren. In den vergangenen Jahren hat die Bundesregierung mit Blick auf die gute Kassenlage einzelner Sozialversicherungszweige wiederholt die Bundeszuschüsse gekürzt, um den Bundeshaushalt zu entlasten. Mit dem Rentenpaket hat sie zudem die versicherungsfremden Leistungen ausgeweitet und so die Rücklagen der Rentenversicherung abgeschmolzen und damit auf eine merkliche Beitragssatzsenkung verzichtet.

Gerade die an der Kassenlage orientierten Lastenverschiebungen vom Bund auf die Sozialversicherungen sind problematisch (Deutsche Bundesbank 2015b; GD 2014: 75-76; Döhrn et al. 2014: 84-85). Grundsätzlich sollten versicherungsfremde Leistungen, die im gesamtstaatlichen Interesse sind, unabhängig von der jeweiligen Finanzlage aus dem Steueraufkommen und damit durch Zuschüsse aus dem Bundeshaushalt finanziert werden. Wenn der Bund – diesem Grundsatz entsprechend – die Finanzver-

<sup>19</sup> Derzeit greift der Spitzensteuersatz bei einem Einkommen, das lediglich dem 1,7-fache des Durchschnittseinkommens entspricht; bei Einführung des progressiven Tarifs im Jahr 1958 griff er beim 18-Fachen des damaligen Durchschnittseinkommens (Gebhardt 2013).

... und bei  
den  
Sozialabgaben

## 6. Zur Wirtschaftspolitik

---

antwortung für versicherungsfremde Leistungen übernehme, dann müssten die Zuschüsse des Bundes merklich erhöht werden, was freilich den strukturellen Haushaltsausgleich gefährden würde. Insofern muss die Politik, solange sie auf eine Gegenfinanzierung verzichtet, zwischen den drei angesprochenen Handlungsfeldern abwägen. Alle drei Optionen wirken sich positiv auf das Wachstum aus und weisen mithin eine gewisse Selbstfinanzierung auf. Für niedrigere Beitragssätze spricht, dass sie den Faktor Arbeit entlasten, was sich positiv auf den Arbeitseinsatz und damit das Wachstum auswirken würde. Zudem zeichnen sich mittelfristig aufgrund des demographischen Wandels ohnehin höhere Sozialabgaben ab, und es ist nicht unerheblich, von welchem Niveau aus die Anhebungen erfolgen.

Ausreichende budgetäre Spielräume für eine umfassende Abgabentlastung könnte sich die Finanzpolitik aber – wie vom RWI wiederholt empfohlen – durch Abbau von Finanzhilfen und Steuervergünstigungen erarbeiten. So dürften die noch offenen Positionen der mittlerweile zwölf Jahre alten Koch-Steinbrück-Liste (Koch, Steinbrück 2003) noch ein beachtliches Einsparpotenzial bieten. Weitere Ansatzpunkte bietet eine Liste des SVR (2013: Ziffer 365) sowie eine Studie zur Evaluierung der 20 großen Steuervergünstigungen und zur Quantifizierung der Einsparpotenziale von Fifo et al. (2009). Subventionsabbau ist zwar ein mühsames Unterfangen, da er bei den Betroffenen Widerspruch auslösen wird, doch ist er in Verbindung mit den Entlastungen für die Politik mit einer „Rendite“ verbunden – Leistungsanreize würden erhöht, Allokationsverzerrungen beseitigt und damit die Wachstumskräfte gestärkt.

Die aus dem hohen Zustrom von Asylsuchenden und Flüchtlingen resultierenden Mehrausgaben erfordern – anders als dauerhafte Ausgabensteigerungen oder Abgabentlastungen – keine Gegenfinanzierung, da sie temporärer Natur sind. Sie bilden sich bei einem Abebben des Zustroms in dem Maße zurück, indem es gelingt, die Migranten in den Arbeitsmarkt zu integrieren. Die Chancen hierfür sind angesichts der guten Konjunktur, der robusten Arbeitsmarktlage und der hohen Zahl offener Stellen günstig. Die Politik kann die Voraussetzungen für eine rasche Integration noch verbessern, indem sie die Abwicklung des Asylverfahrens – wie geplant – beschleunigt und weitere Sprachkurse zum Erlernen der deutschen Sprache anbietet.

### Literatur

Barabas, G., H. Gebhardt, T. Schmidt und K. Weyerstraß (2015), Projektion der Wirtschaftsentwicklung bis 2019: Aufschwung setzt sich abgeschwächt fort. *RWI Konjunkturberichte* 66 (1): 109-113.

---

Subventions-  
abbau kann  
Wachstum  
Stärken

---

## Die wirtschaftliche Entwicklung im Inland

---

BMF – Bundesministerium der Finanzen (2015), Bundesrat stimmt Gesetz zum Abbau der kalten Progression und zur Anpassung von Familienleistungen zu. Pressemitteilung Nr.: 26 vom 10.07.2015. <http://www.bundesfinanzministerium.de>. Download am 7. Septemebr 2015.

Brautzsch, H. und B. Schultz (2013), Im Fokus: Mindestlohn von 8,50 Euro: Wie viele verdienen weniger, und in welchen Branchen arbeiten sie? *Wirtschaft im Wandel* 19 (3): 53-56.

Breidenbach, P., R. Döhrn und T. Kasten (2014), Der Weg ist frei: Mehr Steuergerechtigkeit durch nachhaltigen Abbau der kalten Progression. *Wirtschaftsdienst* 94 (12): 859-863.

Bundesagentur für Arbeit (2015) Hintergrundinformation: Auswirkungen der Rente ab 63 Jahren nach langjährigen Beitragszeiten auf den Arbeitsmarkt – Berichtsmont August, Nürnberg, <http://statistik.arbeitsagentur.de>, abgerufen am 01. September 2015.

Caselli, P., P. Pagano and F. Schivardi (2003), Uncertainty and the Slowdown of Capital Accumulation in Europe. *Applied Economics* 35, S. 79-89.

Deutsche Bundesbank (2015a), Erste Anhaltspunkte zur Wirkung des Mindestlohns auf den Verdienstanstieg. *Monatsbericht* 67 (8), Frankfurt: 58-59.

Deutsche Bundesbank (2015b), Zur Entwicklung der arbeitsmarktbedingten Staatsausgaben in Deutschland, *Monatsbericht* 74(4): 13-31.

DIHK – Deutscher Industrie- und Handelskammertag (2015), Wachstum zieht an, Euphorie bleibt aus. Ergebnisse der DIHK-Konjunkturumfrage bei den Industrie- und Handelskammern. Frühsommer 2015. Berlin: DIHK.

Döhrn, R. (2014), Konjunkturdiagnose und -prognose – Eine anwendungsorientierte Einführung. Berlin, Heidelberg: Springer-Gabler.

Döhrn, R., G. Barabas, H. Gebhardt, H. Münch, G. Schäfer, T. Schmidt und H. Starke (2007), Die wirtschaftliche Entwicklung im Inland: Aufschwung setzt sich fort, *RWI Konjunkturbericht* 58 (1): 27-76.

Döhrn, R., G. Barabas, H. Gebhardt, T. Kitlinski, M. Micheli, T. Schmidt, S. Vosen und L. Zimmermann (2010), Die wirtschaftliche Entwicklung im Inland: Expansion gewinnt nur langsam an Fahrt, *RWI Konjunkturbericht* 61 (1): 37-96.

Döhrn, R., P. an de Meulen, G. Barabas, H. Gebhardt, T. Kitlinski, M. Micheli, T. Schmidt, S. Vosen und L. Zimmermann (2011), Die wirtschaftliche Entwicklung im Inland: Zunehmende Risiken für die Konjunktur, *RWI Konjunkturbericht* 62 (2): 41-88.

Döhrn, R., G. Barabas, H. Gebhardt, M. Micheli, S. Rujin und L. Zwick (2014), Die wirtschaftliche Entwicklung im Inland: Aufschwung bleibt moderat. *RWI Konjunkturberichte* 65 (1): 37-94.

Döhrn, R., G. Barabas, A. Fuest, H. Gebhardt, P. an de Meulen, M. Micheli, S. Rujin und L. Zwick (2015), Die wirtschaftliche Entwicklung im Inland: Kräftige Expansion – nachlassender Schub im kommenden Jahr. *RWI Konjunkturberichte* 66 (1): 43-107.

ECB – European Central Bank (2015a) Introductory statement to the press conference (with Q&A) Frankfurt am Main, 16 July 2015.

ECB – European Central Bank (2015b) Introductory statement to the press conference (with Q&A) Frankfurt am Main, Frankfurt am Main, 16 July 2015.

## 6. Zur Wirtschaftspolitik

---

Fifo et al. – Finanzwissenschaftliches Forschungsinstitut an der Universität zu Köln, Copenhagen Economics und Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung (Hrsg.)(2009), Evaluierung von Steuervergünstigungen. Forschungsprojekt im Auftrag des Bundesministeriums der Finanzen. Köln, Kopenhagen und Mannheim.

GD – Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose (2014), Deutsche Konjunktur im Aufschwung – aber Gegenwind von der Wirtschaftspolitik, Gemeinschaftsdiagnose Frühjahr 2014, Halle.

Gebhardt, H. (2013), Steuerschätzung 2013 bis 2018: deutlich steigendes Steueraufkommen. *Wirtschaftsdienst* 93 (12): 834–840.

Kalina, T. und C. Weinkopf (2014), Niedriglohnbeschäftigung 2012 und was ein gesetzlicher Mindestlohn von 8,50 € verändern könnte, IAQ-Report 2014-02, Institut Arbeit und Qualifikation an der Universität Duisburg-Essen.

Koch, R., Steinbrück, P. (2003), Subventionsabbau im Konsens – Der Vorschlag der Ministerpräsidenten Roland Koch und Peer Steinbrück, Wiesbaden und Düsseldorf.

an de Meulen, P. (2015), Das RWI-Kurzfristprognosemodell. *RWI Konjunkturberichte* 66 (2): 25-46.

Summers, L. H. (2014), U.S. Economic Prospects: Secular Stagnation, Hysteresis, and the Zero Lower Bound. *Business Economics*, 49(2): 65-73.

SVR – Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung (2013), Stabile Architektur in Europa – Handlungsbedarf im Inland, Jahresgutachten 2012/2013.

SVR – Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung (2014), Mehr Vertrauen in Marktprozesse. Jahresgutachten 2014/15.

Zwick, L. (2013), Verlangsamte Expansion des Welthandels? – Empirische Evidenz und mögliche Ursachen, *RWI Konjunkturbericht* 64 (4): 23-30.

# Die wirtschaftliche Entwicklung im Inland

## Anhang

### Hauptaggregate der Sektoren

2014; in Mrd. €

Gegenstand der Nachweisung	Volks- wirt- schaft	Kapital- gesell- schaften	Staat	Private. Haus- halte	Übrige Welt
1 = Bruttowertschöpfung	2 623,1	1 760,6	286,9	575,6	-
2 - Abschreibungen	517,8	297,4	65,4	155,0	-
3 = Nettowertschöpfung	2 105,3	1 463,2	221,5	420,6	- 196,4
4 - Gel. Arbeitnehmerentgelte	1 482,8	1 054,6	224,6	203,5	12,5
5 - Gel. s. Produktionsabgaben	19,2	10,9	0,1	8,3	-
6 + Empf. s. Subventionen	24,1	22,4	0,3	1,5	-
7 = Betriebsüberschuss u.Ä.	627,5	420,1	- 2,9	210,3	- 208,8
8 + Empf. Arbeitnehmerentgelte	1 485,3	-	-	1 485,3	10,0
9 - Gel. Subventionen	25,5	-	25,5	-	5,3
10 + Empf. Prod.- u. Imp.abgaben	314,0	-	314,0	-	4,5
11 - Gel. Vermögenseinkommen	739,9	654,3	51,5	34,2	175,6
12 + Empf. Vermögenseinkommen	803,4	384,7	25,0	393,6	112,1
13 = Primäreinkommen	2 464,7	150,6	259,2	2 055,0	- 263,2
14 - Gel. Eink.- u. Verm.steuern	338,1	71,1	-	267,0	7,9
15 + Empf. Eink.- u. Verm.steuern	345,6	-	345,6	-	0,4
16 - Gel. Sozialbeiträge	601,2	-	-	601,2	3,3
17 + Empf. Sozialbeiträge	602,0	119,3	481,9	0,8	2,4
18 - Gel. mon. Sozialleistungen	512,1	60,3	451,0	0,8	0,4
19 + Empf. mon. Sozialleistungen	505,6	-	-	505,6	7,0
20 - Gel. s. lauf. Transfers	284,9	151,2	61,6	72,1	48,4
21 + Empf. s. lauf. Transfers	246,0	137,1	19,1	89,8	87,2
22 = Verfüg. Eink. (Ausgabenkonzept)	2 427,7	124,4	593,2	1 710,1	- 226,2
23 - Konsumausgaben	2 156,2	-	564,0	1 592,2	-
24 + Zunahme betr. Vers.ansprüche	-	- 49,6	-	49,6	-
25 = Sparen	271,5	74,8	29,2	167,6	- 226,2
26 - Gel. Vermögenstransfers	46,7	3,8	35,9	7,1	4,5
27 + Empf. Vermögenstransfers	45,6	26,1	12,2	7,3	5,7
28 - Bruttoinvestitionen	563,1	314,8	63,2	185,0	-
29 + Abschreibungen	517,8	297,4	65,4	155,0	-
30 - Nettoz. an nichtprod. Verm.gütern	- 2,7	- 2,3	- 1,3	0,9	2,7
31 = Finanzierungssaldo	227,8	81,9	8,9	136,9	- 227,8
Nachrichtlich:					
32 = Verfüg. Eink. (Ausgabenkonzept)	2 427,7	124,4	593,2	1 710,1	- 226,2
33 + Saldo sozialer Sachtransfers	-	-	-366,3	366,3	-
34 = Verfüg. Eink. (Verbrauchskonzept)	2 427,7	124,4	226,9	2 076,4	- 226,2

Eigene Berechnungen nach Angaben des Statistischen Bundesamtes

## Hauptaggregate der Sektoren

2015; in Mrd. €

Gegenstand der Nachweisung	Volks- wirt- schaft	Kapital- gesell- schaften	Staat	Private. Haus- halte	Übrige Welt
1 = Bruttowertschöpfung	2 722,1	1 830,9	295,1	596,1	-
2 - Abschreibungen	531,3	304,2	67,3	159,8	-
3 = Nettowertschöpfung	2 190,8	1 526,7	227,8	436,3	- 235,8
4 - Gel. Arbeitnehmerentgelte	1 537,5	1 095,5	230,7	211,3	13,0
5 - Gel. s. Produktionsabgaben	20,6	11,7	0,3	8,5	-
6 + Empf. s. Subventionen	25,2	23,4	0,3	1,6	-
7 = Betriebsüberschuss u.Ä.	658,0	442,9	- 3,0	218,1	- 248,8
8 + Empf. Arbeitnehmerentgelte	1 540,0	-	-	1 540,0	10,4
9 - Gel. Subventionen	26,7	-	26,7	-	5,3
10 + Empf. Prod.- u. Imp.abgaben	322,3	-	322,3	-	4,8
11 - Gel. Vermögenseinkommen	732,5	654,3	47,9	30,3	182,8
12 + Empf. Vermögenseinkommen	796,1	378,1	22,2	395,9	119,1
13 = Primäreinkommen	2 557,3	166,7	266,9	2 123,7	- 302,5
14 - Gel. Eink.- u. Verm.steuern	356,3	76,1	-	280,1	8,5
15 + Empf. Eink.- u. Verm.steuern	364,4	-	364,4	-	0,4
16 - Gel. Sozialbeiträge	620,5	-	-	620,5	3,4
17 + Empf. Sozialbeiträge	621,3	120,9	499,7	0,8	2,6
18 - Gel. mon. Sozialleistungen	532,3	59,6	472,0	0,8	0,5
19 + Empf. mon. Sozialleistungen	525,5	-	-	525,5	7,3
20 - Gel. s. lauf. Transfers	293,6	156,5	63,6	73,5	49,5
21 + Empf. s. lauf. Transfers	253,0	147,9	18,9	86,2	90,1
22 = Verfüg. Eink. (Ausgabenkonzept)	2 518,8	143,3	614,3	1 761,2	- 264,0
23 - Konsumausgaben	2 222,3	-	587,2	1 635,1	-
24 + Zunahme betr. Vers.ansprüche	-	- 50,4	-	50,4	-
25 = Sparen	296,4	92,9	27,1	176,5	- 264,0
26 - Gel. Vermögenstransfers	40,9	3,8	29,5	7,6	3,7
27 + Empf. Vermögenstransfers	38,2	18,9	12,1	7,2	6,4
28 - Bruttoinvestitionen	563,7	311,9	63,9	188,0	-
29 + Abschreibungen	531,3	304,2	67,3	159,8	-
30 - Nettoz. an nichtprod. Verm.gütern	- 2,2	4,3	- 6,4	- 0,1	2,2
31 = Finanzierungssaldo	263,4	95,9	19,5	148,0	- 263,4
Nachrichtlich:					
32 = Verfüg. Eink. (Ausgabenkonzept)	2 518,8	143,3	614,3	1 761,2	- 264,0
33 + Saldo sozialer Sachtransfers	-	-	-375,9	375,9	-
34 = Verfüg. Eink. (Verbrauchskonzept)	2 518,8	143,3	238,4	2 137,1	- 264,0

Eigene Berechnungen nach Angaben des Statistischen Bundesamtes

## Die wirtschaftliche Entwicklung im Inland

### Hauptaggregate der Sektoren

2016; in Mrd. €

Gegenstand der Nachweisung	Volks- wirt- schaft	Kapital- gesell- schaften	Staat	Private. Haus- halte	Übrige Welt
1 = Bruttowertschöpfung	2 814,4	1 896,8	304,1	613,6	-
2 - Abschreibungen	544,4	310,8	69,3	164,3	-
3 = Nettowertschöpfung	2 270,0	1 585,9	234,8	449,3	- 239,7
4 - Gel. Arbeitnehmerentgelte	1 586,2	1 132,0	237,6	216,6	13,4
5 - Gel. s. Produktionsabgaben	21,3	12,6	0,1	8,7	-
6 + Empf. s. Subventionen	26,0	24,2	0,2	1,6	-
7 = Betriebsüberschuss u.Ä.	688,5	465,6	- 2,6	225,5	- 253,1
8 + Empf. Arbeitnehmerentgelte	1 588,8	-	-	1 588,8	10,8
9 - Gel. Subventionen	27,5	-	27,5	-	5,3
10 + Empf. Prod.- u. Imp.abgaben	330,2	-	330,2	-	4,8
11 - Gel. Vermögenseinkommen	730,9	654,3	46,4	30,2	190,6
12 + Empf. Vermögenseinkommen	796,1	373,4	21,6	401,1	125,4
13 = Primäreinkommen	2 645,3	184,7	275,3	2 185,2	- 308,0
14 - Gel. Eink.- u. Verm.steuern	368,6	81,8	-	286,8	8,5
15 + Empf. Eink.- u. Verm.steuern	376,7	-	376,7	-	0,4
16 - Gel. Sozialbeiträge	639,0	-	-	639,0	3,5
17 + Empf. Sozialbeiträge	639,9	123,6	515,5	0,8	2,7
18 - Gel. mon. Sozialleistungen	552,1	62,4	488,9	0,8	0,5
19 + Empf. mon. Sozialleistungen	545,0	-	-	545,0	7,5
20 - Gel. s. lauf. Transfers	298,6	159,5	64,1	75,0	49,6
21 + Empf. s. lauf. Transfers	256,2	152,7	19,0	84,5	91,9
22 = Verfüg. Eink. (Ausgabenkonzept)	2 604,7	157,2	633,6	1 814,0	- 267,4
23 - Konsumausgaben	2 297,4	-	612,0	1 685,4	-
24 + Zunahme betr. Vers.ansprüche	-	- 51,3	-	51,3	-
25 = Sparen	307,3	105,9	21,6	179,8	- 267,4
26 - Gel. Vermögenstransfers	40,6	3,8	29,2	7,6	3,7
27 + Empf. Vermögenstransfers	37,9	18,8	11,9	7,2	6,4
28 - Bruttoinvestitionen	584,3	325,4	66,5	192,4	-
29 + Abschreibungen	544,4	310,8	69,3	164,3	-
30 - Nettoz. an nichtprod. Verm.gütern	- 2,2	0,4	- 1,4	- 1,2	2,2
31 = Finanzierungssaldo	266,9	105,8	8,4	152,6	- 266,9
Nachrichtlich:					
32 = Verfüg. Eink. (Ausgabenkonzept)	2 604,7	157,2	633,6	1 814,0	- 267,4
33 + Saldo sozialer Sachtransfers	-	-	-394,1	394,1	-
34 = Verfüg. Eink. (Verbrauchskonzept)	2 604,7	157,2	239,5	2 208,0	- 267,4

Eigene Berechnungen nach Angaben des Statistischen Bundesamtes

## Die wichtigsten Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung für Deutschland

Vorausschätzung für die Jahre 2015 und 2016

	2014	2015	2016	2015		2016	
				1.Hj.	2.Hj.	1.Hj.	2.Hj.

### 1. Entstehung des Inlandsprodukts

Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr

Erwerbstätige	0,9	0,5	0,5	0,5	0,5	0,5	0,4
Arbeitsvolumen	1,2	0,7	0,6	0,6	0,8	0,8	0,4
Arbeitszeit je Erwerbstätigen	0,3	0,2	0,1	0,1	0,4	0,3	0,0
Produktivität <sup>1</sup>	0,4	1,1	1,2	0,8	1,4	1,5	0,9
<b>Bruttoinlandsprodukt, preisbereinigt</b>	<b>1,6</b>	<b>1,8</b>	<b>1,8</b>	<b>1,4</b>	<b>2,2</b>	<b>2,3</b>	<b>1,3</b>

### 2. Verwendung des Inlandsprodukts in jeweiligen Preisen

a) Mrd. EUR

Konsumausgaben	2 156,2	2 222,3	2 297,4	1 080,6	1 141,7	1 121,6	1 175,8
Private Haushalte <sup>2</sup>	1 592,2	1 635,1	1 685,4	796,9	838,3	825,9	859,5
Staat	564,0	587,2	612,0	283,7	303,5	295,7	316,3
Anlageinvestitionen	585,1	608,0	632,8	290,0	318,0	303,5	329,3
Ausrüstungen	189,8	198,9	207,1	93,8	105,0	98,2	108,8
Bauten	291,8	300,6	312,5	143,4	157,2	150,1	162,4
Sonstige Anlageinvestitionen	103,5	108,5	113,3	52,7	55,7	55,3	58,0
Vorratsveränderung <sup>3</sup>	- 22,0	- 44,3	- 48,6	- 5,3	- 39,0	- 11,8	- 36,7
Inländische Verwendung	2 719,3	2 786,0	2 881,7	1 365,3	1 420,7	1 413,3	1 468,4
Außenbeitrag	196,4	235,8	239,7	117,2	118,6	123,4	116,2
Exporte	1 333,2	1 435,0	1 515,1	697,3	737,8	742,8	772,2
Importe	1 136,8	1 199,2	1 275,4	580,1	619,1	619,4	656,0
<b>Bruttoinlandsprodukt</b>	<b>2 915,7</b>	<b>3 021,9</b>	<b>3 121,3</b>	<b>1 482,5</b>	<b>1 539,4</b>	<b>1 536,7</b>	<b>1 584,6</b>

b) Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr

Konsumausgaben	2,5	3,1	3,4	3,0	3,2	3,8	3,0
Private Haushalte <sup>2</sup>	1,9	2,7	3,1	2,7	2,7	3,6	2,5
Staat	4,1	4,1	4,2	3,8	4,4	4,2	4,2
Anlageinvestitionen	5,0	3,9	4,1	2,8	5,0	4,7	3,6
Ausrüstungen	4,7	4,8	4,1	3,7	5,8	4,7	3,6
Bauten	5,2	3,0	3,9	1,4	4,5	4,6	3,3
Sonstige Anlageinvestitionen	4,8	4,8	4,4	4,8	4,8	4,8	4,1
Inländische Verwendung	2,6	2,5	3,4	2,1	2,8	3,5	3,4
Exporte	3,9	7,6	5,6	6,9	8,4	6,5	4,7
Importe	2,1	5,5	6,4	4,2	6,7	6,8	6,0
<b>Bruttoinlandsprodukt</b>	<b>3,4</b>	<b>3,6</b>	<b>3,3</b>	<b>3,5</b>	<b>3,8</b>	<b>3,7</b>	<b>2,9</b>

### 3. Verwendung des Inlandsprodukts, verkettete Volumenangaben (Referenzjahr 2010)

a) Mrd. EUR

Konsumausgaben	2 020,1	2 061,6	2 101,0	1 008,8	1 052,8	1 032,4	1 068,6
Private Haushalte <sup>2</sup>	1 503,3	1 534,1	1 563,4	748,4	785,7	766,9	796,5
Staat	516,8	527,4	537,6	260,3	267,1	265,4	272,2
Anlageinvestitionen	546,3	560,2	574,7	267,4	292,8	276,0	298,7
Ausrüstungen	186,9	195,6	203,1	91,6	104,0	95,7	107,4
Bauten	262,4	265,3	270,3	127,2	138,1	130,5	139,8
Sonstige Anlageinvestitionen	97,0	99,6	101,8	48,6	51,0	49,9	51,9
Inländische Verwendung	2 545,5	2 584,8	2 633,7	1 273,2	1 311,6	1 301,3	1 332,4
Exporte	1 281,8	1 364,8	1 436,6	663,4	701,4	705,6	731,0
Importe	1 090,0	1 161,9	1 233,3	561,8	600,2	600,6	632,7
<b>Bruttoinlandsprodukt</b>	<b>2 736,4</b>	<b>2 786,4</b>	<b>2 836,7</b>	<b>1 374,2</b>	<b>1 412,2</b>	<b>1 405,8</b>	<b>1 430,8</b>

## Die wirtschaftliche Entwicklung im Inland

noch: Die wichtigsten Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung für Deutschland  
Vorausschätzung für die Jahre 2015 und 2016

	2014	2015	2016	2015		2016	
				1.Hj.	2.Hj.	1.Hj.	2.Hj.

b) Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr

Konsumausgaben	1,1	2,1	1,9	2,1	2,0	2,3	1,5
Private Haushalte <sup>2</sup>	0,9	2,1	1,9	2,0	2,1	2,5	1,4
Staat	1,7	2,1	1,9	2,1	2,0	2,0	1,9
Anlageinvestitionen	3,5	2,5	2,6	1,4	3,6	3,2	2,0
Ausrüstungen	4,5	4,7	3,8	3,4	5,8	4,5	3,2
Bauten	2,9	1,1	1,9	- 0,4	2,4	2,6	1,3
Sonstige Anlageinvestitionen	3,1	2,7	2,2	2,7	2,8	2,5	1,9
Inländische Verwendung	1,3	1,5	1,9	1,1	1,9	2,2	1,6
Exporte	4,0	6,5	5,3	5,5	7,4	6,4	4,2
Importe	3,7	6,6	6,1	5,6	7,6	6,9	5,4
<b>Bruttoinlandsprodukt</b>	<b>1,6</b>	<b>1,8</b>	<b>1,8</b>	<b>1,4</b>	<b>2,2</b>	<b>2,3</b>	<b>1,3</b>

#### 4. Preisniveau der Verwendungsseite des Inlandsprodukts (2010=100)

Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr

Private Konsumausgaben <sup>2</sup>	1,0	0,6	1,1	0,6	0,6	1,1	1,1
Konsumausgaben des Staates	2,3	2,0	2,3	1,6	2,4	2,2	2,3
Anlageinvestitionen	1,4	1,4	1,5	1,4	1,3	1,4	1,5
Ausrüstungen	0,2	0,1	0,3	0,3	0,0	0,2	0,4
Bauten	2,3	1,9	2,0	1,8	2,0	1,9	2,0
Exporte	- 0,1	1,1	0,3	1,2	1,0	0,2	0,4
Importe	- 1,6	- 1,0	0,2	- 1,3	- 0,8	- 0,1	0,5
<b>Bruttoinlandsprodukt</b>	<b>1,7</b>	<b>1,8</b>	<b>1,5</b>	<b>2,0</b>	<b>1,5</b>	<b>1,3</b>	<b>1,6</b>

#### 5. Einkommensentstehung und -verteilung

a) Mrd. EUR

Primäreinkommen der privaten HH <sup>2</sup>	2 055,0	2 123,7	2 185,2	1 042,7	1 081,0	1 073,5	1 111,7
Sozialbeiträge der Arbeitgeber	271,6	280,5	287,0	135,7	144,7	139,1	148,0
Bruttolöhne und -gehälter	1 213,7	1 259,5	1 301,7	600,7	658,8	621,3	680,4
Übrige Primäreinkommen <sup>4</sup>	569,7	583,7	596,4	306,3	277,4	313,1	283,3
Primäreinkommen der übr. Sektoren	409,7	433,6	460,0	197,5	236,1	214,5	245,6
<b>Nettonationaleink. (Primäreink.)</b>	<b>2 464,7</b>	<b>2 557,3</b>	<b>2 645,3</b>	<b>1 240,3</b>	<b>1 317,0</b>	<b>1 288,0</b>	<b>1 357,3</b>
Abschreibungen	517,8	531,3	544,4	264,3	267,0	271,1	273,3
<b>Bruttonationaleinkommen</b>	<b>2 982,4</b>	<b>3 088,5</b>	<b>3 189,7</b>	<b>1 504,5</b>	<b>1 584,0</b>	<b>1 559,1</b>	<b>1 630,5</b>
nachrichtlich:							
Volkseinkommen	2 176,2	2 261,6	2 342,5	1 094,3	1 167,3	1 139,0	1 203,6
Unternehmens- und Vermögenseink.	690,9	721,6	753,8	357,9	363,7	378,5	375,2
Arbeitnehmerentgelt	1 485,3	1 540,0	1 588,8	736,4	803,6	760,4	828,4

b) Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr

Primäreinkommen der privaten HH <sup>2</sup>	2,7	3,3	2,9	3,4	3,3	3,0	2,8
Sozialbeiträge der Arbeitgeber	3,5	3,3	2,3	3,2	3,4	2,5	2,2
Bruttolöhne und -gehälter	3,9	3,8	3,4	3,7	3,8	3,4	3,3
Bruttolöhne und -gehälter je Besch.	2,7	3,0	2,7	2,9	3,0	2,6	2,7
Übrige Primäreinkommen <sup>4</sup>	- 0,2	2,5	2,2	2,8	2,0	2,2	2,1
Primäreinkommen der übr. Sektoren	9,1	5,8	6,1	4,0	7,5	8,6	4,0
<b>Nettonationaleink. (Primäreink.)</b>	<b>3,7</b>	<b>3,8</b>	<b>3,4</b>	<b>3,5</b>	<b>4,0</b>	<b>3,8</b>	<b>3,1</b>
Abschreibungen	2,5	2,6	2,5	2,6	2,6	2,6	2,3
<b>Bruttonationaleinkommen</b>	<b>3,5</b>	<b>3,6</b>	<b>3,3</b>	<b>3,3</b>	<b>3,8</b>	<b>3,6</b>	<b>2,9</b>
nachrichtlich:							
Volkseinkommen	3,8	3,9	3,6	3,6	4,2	4,1	3,1
Unternehmens- und Vermögenseink.	3,8	4,4	4,5	3,7	5,2	5,8	3,2
Arbeitnehmerentgelt	3,8	3,7	3,2	3,6	3,7	3,3	3,1

**nach: Die wichtigsten Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung für Deutschland**  
Vorausschätzung für die Jahre 2015 und 2016

	2014	2015	2016	2015		2016	
				1.Hj.	2.Hj.	1.Hj.	2.Hj.

**6. Einkommen und Einkommensverwendung der privaten Haushalte <sup>2</sup>**

a) Mrd. EUR

Masseneinkommen	1 217,8	1 260,5	1 304,0	606,9	653,5	628,2	675,8
Nettolöhne und -gehälter	808,1	834,5	862,0	393,9	440,7	407,4	454,7
Monetäre Sozialleistungen	505,6	525,5	545,0	262,3	263,2	272,4	272,6
abz. Abgaben auf soziale Leistungen, verbrauchsnahe Steuern	95,8	99,5	103,0	49,2	50,3	51,5	51,5
Übrige Primäreinkommen <sup>4</sup>	569,7	583,7	596,4	306,3	277,4	313,1	283,3
Sonstige Transfers (Saldo) <sup>5</sup>	- 77,4	- 82,9	- 86,5	- 41,3	- 41,6	- 42,7	- 43,8
<b>Verfügbares Einkommen</b>	<b>1 710,1</b>	<b>1 761,2</b>	<b>1 814,0</b>	<b>871,9</b>	<b>889,3</b>	<b>898,7</b>	<b>915,3</b>
Zunahme betriebl. Versorgungsanspr.	49,6	50,4	51,3	25,0	25,4	25,4	25,9
Konsumausgaben	1 592,2	1 635,1	1 685,4	796,9	838,3	825,9	859,5
Sparen	167,6	176,5	179,8	100,0	76,5	98,1	81,7
Sparquote (%) <sup>6</sup>	9,5	9,7	9,6	11,1	8,4	10,6	8,7

b) Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr

Masseneinkommen	3,4	3,5	3,5	3,4	3,6	3,5	3,4
Nettolöhne und -gehälter	3,6	3,3	3,3	3,1	3,5	3,4	3,2
Monetäre Sozialleistungen	2,7	3,9	3,7	4,1	3,7	3,9	3,6
abz. Abgaben auf soziale Leistungen, verbrauchsnahe Steuern	2,4	3,9	3,5	4,1	3,7	4,7	2,4
Übrige Primäreinkommen <sup>4</sup>	- 0,2	2,5	2,2	2,8	2,0	2,2	2,1
<b>Verfügbares Einkommen</b>	<b>2,3</b>	<b>3,0</b>	<b>3,0</b>	<b>2,9</b>	<b>3,1</b>	<b>3,1</b>	<b>2,9</b>
Konsumausgaben	1,9	2,7	3,1	2,7	2,7	3,6	2,5
Sparen	6,7	5,3	1,9	4,7	6,2	- 1,9	6,8

**7. Einnahmen und Ausgaben des Staates <sup>7</sup>**

a) Mrd. EUR

<b>Einnahmen</b>							
Steuern	659,6	686,7	706,9	343,3	343,4	352,2	354,6
Nettosozialbeiträge	481,9	499,7	515,5	242,8	256,9	250,7	264,8
Vermögenseinkommen	25,0	22,2	21,6	12,8	9,4	12,4	9,3
Sonstige Transfers	19,1	18,9	19,0	8,6	10,3	8,7	10,4
Vermögenstransfers	12,2	12,1	11,9	5,0	7,1	4,7	7,3
Verkäufe	101,5	105,2	109,2	49,4	55,8	51,2	58,0
Sonstige Subventionen	0,3	0,3	0,2	0,1	0,2	0,1	0,1
<b>Insgesamt</b>	<b>1 299,6</b>	<b>1 345,0</b>	<b>1 384,4</b>	<b>662,0</b>	<b>683,0</b>	<b>679,9</b>	<b>704,5</b>
<b>Ausgaben</b>							
Vorleistungen <sup>8</sup>	378,7	397,7	417,2	190,0	207,7	199,7	217,5
Arbeitnehmerentgelt	224,6	230,7	237,6	110,7	120,0	114,0	123,6
Vermögenseinkommen (Zinsen)	51,5	47,9	46,4	22,0	25,9	23,2	23,2
Subventionen	25,5	26,7	27,5	13,1	13,6	13,5	14,0
Monetäre Sozialleistungen	451,0	472,0	488,9	235,1	236,9	242,7	246,2
Sonstige laufende Transfers	61,6	63,6	64,1	36,3	27,3	36,4	27,7
Vermögenstransfers	35,9	29,5	29,2	11,7	17,9	11,5	17,8
Bruttoinvestitionen	63,2	63,9	66,5	27,7	36,1	28,7	37,7
Nettozugang an nichtprod. Vermö- gensgütern	- 1,3	- 6,4	- 1,4	- 5,7	- 0,7	- 0,6	- 0,7
<b>Insgesamt</b>	<b>1 290,7</b>	<b>1 325,5</b>	<b>1 376,0</b>	<b>640,9</b>	<b>684,6</b>	<b>669,0</b>	<b>707,0</b>
<b>Finanzierungssaldo</b>	<b>8,9</b>	<b>19,5</b>	<b>8,4</b>	<b>21,1</b>	<b>- 1,6</b>	<b>10,8</b>	<b>- 2,5</b>

## Die wirtschaftliche Entwicklung im Inland

### noch: Die wichtigsten Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung für Deutschland

Vorausschätzung für die Jahre 2015 und 2016

	2014	2015	2016	2015		2016	
				1.Hj.	2.Hj.	1.Hj.	2.Hj.
b) Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr							
<b>Einnahmen</b>							
Steuern	3,5	4,1	2,9	4,6	3,6	2,6	3,3
Nettosozialbeiträge	3,7	3,7	3,2	3,9	3,4	3,2	3,1
Vermögenseinkommen	16,9	-11,4	-2,4	-17,5	-1,6	-3,5	-0,7
Sonstige Transfers	3,4	-1,3	0,7	-1,8	-0,8	0,7	0,8
Vermögenstransfers	17,1	-0,4	-1,5	7,0	-5,1	-7,6	2,9
Verkäufe	2,0	3,7	3,7	3,8	3,5	3,7	3,8
Sonstige Subventionen	-	-	-	-	-	-	-
<b>Insgesamt</b>	<b>3,8</b>	<b>3,5</b>	<b>2,9</b>	<b>3,7</b>	<b>3,3</b>	<b>2,7</b>	<b>3,1</b>
<b>Ausgaben</b>							
Vorleistungen <sup>8</sup>	4,6	5,0	4,9	4,6	5,4	5,1	4,7
Arbeitnehmerentgelt	2,7	2,7	3,0	2,5	2,9	3,0	3,0
Vermögenseinkommen (Zinsen)	-8,1	-7,0	-3,0	-17,0	3,5	5,6	-10,3
Subventionen	4,6	4,8	3,0	5,1	4,5	2,8	3,1
Monetäre Sozialleistungen	2,8	4,6	3,6	4,7	4,6	3,2	3,9
Sonstige laufende Transfers	-2,2	3,2	0,8	1,2	5,9	0,3	1,5
Vermögenstransfers	17,4	-17,8	-1,0	6,4	-28,4	-1,7	-0,4
Bruttoinvestitionen	-0,5	1,0	4,1	-1,2	2,7	3,7	4,4
Nettozugang an nichtprod. Vermögensgütern	-	-	-	-	-	-	-
<b>Insgesamt</b>	<b>2,8</b>	<b>2,7</b>	<b>3,8</b>	<b>2,1</b>	<b>3,2</b>	<b>4,4</b>	<b>3,3</b>

Eigene Berechnungen nach Angaben des Statistischen Bundesamtes - <sup>1</sup>Preisbereinigtes Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigenstunde. - <sup>2</sup>Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck. - <sup>3</sup>Einschließlich Nettozugang an Wertsachen. - <sup>4</sup>Selbständigeneinkommen/Betriebsüberschuss sowie empfangene abzüglich geleistete Vermögenseinkommen. - <sup>5</sup>Empfangene abzüglich geleistete sonstige Transfers. - <sup>6</sup>Sparen in % des verfügbaren Einkommens (einschließlich der Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche). - <sup>7</sup>Gebietskörperschaften und Sozialversicherung. - <sup>8</sup>Einschließlich sozialer Sachleistungen und sonstiger Produktionsabgaben.